Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.) **Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** (Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 243. **Freitag, den 17. Oktober 1902.** 9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, den 15. Oktober 1902.

Aus dem Reichstage. Kommende Dinge werfen ihren Schatten voraus: die heutige Reichstagsverhandlung über die Interpellation unserer Fraktion betr. die Arbeitslosigkeit stand schon völlig unter dem Zeichen des Zolltarifs: kaum einer unter den zahlreichen Rednern aller Fraktionen, die zu dem wichtigen Gegenstande das Wort ergriffen, unterließ es, den Zusammenhang zwischen Tarif und Arbeitslosigkeit hervorzuheben; nur waren die Schlußfolgerungen sehr verschieden, die die einzelnen Redner aus dem allgemein konstatirten Zusammenhange zogen. Nachdem Molkenbuhr, auf ein reiches und wirksam verarbeitetes Thatsachenmaterial gestützt, die erschreckende Zunahme der Arbeitslosigkeit geschildert und die Mittel angegeben hatte, die der Gesellschaft — bei gutem Willen — gegen das fressende Uebel zur Verfügung stehen, erschien Herr Dr. Bachem vom Zentrum auf dem Plane, sprach ein paar unverbindliche Worte über die segensreiche Wirkung der Arbeitsnachweise und ging dann sofort dazu über, den Zolltarif als den Messias zu preisen, der neben anderen Wunderwirkungen auch die Arbeitslosigkeit beseitigen werde. Zubeil, der nach dem Zentrumsführer das Wort ergriff, leuchtete der merkwürdigen ökonomischen Weisheit, die Dr. Bachem verzapft hatte, in gebührender Weise heim und ergänzte auf das Wirkungsvollste die Ausführungen Molkenbuhrs.

Nicht sehr bedeutsam war, was der Wildliberale Rösicke sagte, der die Frage sehr pessimistisch beurtheilt und das noch relativ beste Mittel gegen Arbeitslosigkeit im Ausbau der paritätischen, kommunalen Arbeitsnachweise sieht. Der Staatssekretär Graf Posadowsky begnügte sich damit, seinen guten Willen, aber auch sein Unvermögen zu konstatiren und schloß mit der vagen Versicherung, daß die verbündeten Regierungen thun würden, was in ihren Kräften stünde. Es versteht sich am Rande, daß der folgende Redner, Graf Kanitz, in dieselbe Kerbe, wie der Dr. Bachem, hieb; nicht unberechtigt war aber, was er von dem Treiben der Kohlensyndikate sagte. Darauf ergriff, als dritter Redner unserer Fraktion am heutigen Tage, v. Elm das Wort. Seine trefflichen Ausführungen gipfelten in dem Nachweise, daß eine Arbeitslosenversicherung nur, wenn auf breitester Grundlage aufgebaut, Aussicht auf Erfolg gewähren werde, daß natürlich von dem jetzigen agrarischen Reichstage keine Abhülfe zu erwarten sei, die Arbeiter indessen bei den nächsten Wahlen der zollwüthigen Mehrheit die nöthige Lektion ertheilen würden. Die syndikatfeindlichen Ausführungen des Agrariergrafen Kanitz veranlaßten den Wortführer der Kohlenbarone, den Bergrath Hilbck, der nebenbei sich in höchst unglücklicher Weise mit unseren Genossen auseinanderzusetzen suchte, zu recht lendenlahmen Erwiderungen.

Die Zeit war allmählich schon recht weit vorgerückt, so daß gegen einen Vertagungsantrag nicht der geringste Widerspruch sich erhob. Aber zu Ende war damit die Sitzung keineswegs. Die aus der Luft und der „Germania“ gegriffenen Behauptungen des Abg. Bachem, unsere Genossen hätten in der Kommission für die Zollfreiheit von Austern, Hummern und sonstigen wohlschmeckenden, für Arbeiter unerschwinglichen Sachen gestimmt, gab zu einem wahren Hagel persönlicher Bemerkungen Anlaß, in deren Verlauf Stadthagen und Molkenbuhr der rheinischen Zentrumsleuchte gründlich Bescheid sagten. — Gegen den wohlbegründeten Einwand Singers, der auf der Fortsetzung der heutigen Berathung bestand, wurde von der zollwucherischen Mehrheit der Wuchertarif auf die Tagesordnung schon der morgigen Sitzung gesetzt: es soll doch nicht unerwähnt bleiben, daß auch die Eugeniden von der freisinnigen „Volkspartei“ in dieser Frage der Zollmehrheit willig Gefolgschaft leisteten; mit unserer Fraktion stimmten nur ein paar Leute der freisinigen Vereinigung.

So wird denn morgen schon der Tanz beginnen. Unsere Leute werden dafür sorgen, daß er nicht zu bald zu Ende geht.

---

194. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf Posadowsky.

An Stelle des Abg. Dr. Pachnicke (FVg.) wird auf Antrag Bassermann (NL.) der Abg. Frese (FVg.) als Schriftführer durch Akklamation gewählt.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der im Januar dieses Jahres abgebrochenen Berathung der folgenden Interpellation Albrecht (SD.) und Genossen:

„Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um den Folgen der wirthschaftlichen Krisis, die sich in Betriebseinschränkungen, Lohnkürzungen und vornehmlich in Arbeiterentlassungen bemerkbar machen, zu begegnen und dem dadurch hervorgerufenen Nothstand weiter Volksschichten entgegenzuwirken?“

Molkenbuhr (SD.): Es ist wohl ohne Beispiel in der parlamentarischen Geschichte, daß die Besprechung einer Interpellation vom Januar bis zum Oktober vertagt wird. Aber diese lange Unterbrechung der Debatte hat wohl, so glaube ich, nicht zur Folge gehabt, daß der Gegenstand an Interesse verloren hat. Die Zustände, die damals zur Interpellation Anlaß gaben, sind leider keineswegs vorübergehende. Die Arbeitslosigkeit dauert auch in diesem Jahre fort; sie erstreckt sich nur auf andere Berufe. Die Personen haben gewechselt; das Uebel selbst ist geblieben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Zählung der Berliner Gewerkschaften im Februar d. J. hat ein die schlimmsten Erwartungen übertreffendes Resultat ergeben: 63 793 Arbeitslose und 42 863 Personen mit beschränkter Arbeit, also insgesammt über 100 000 mehr oder minder von der Arbeitslosigkeit betroffene Personen. Man wird nun vielleicht einwenden, daß sich die hohe Zahl der Arbeitslosen aus dem Niederliegen der Metallbranche erkläre. Dagegen ist auf die hohe Steigerung — von 1900 auf 1901 um nicht weniger als 34 Proz. — der unterstützten Arbeitslosen in einem Gewerbe wie der Buchdruckerei hinzuweisen, das doch zweifellos mehr als andere Gewerbe von der allgemeinen Geschäftslage unabhängig ist. Die 34 Proz. beziehen sich nur auf die Buchdrucker, die Reiseunterstützung erhielten; die Zahl derer, die Ortsunterstützung empfingen, ist sogar um 91,88 Proz. gestiegen. Es ist leicht möglich, daß die Frage der Arbeitslosigkeit in der nächsten Zeit an Aktualität noch sehr gewinnen wird: eine etwaige Annahme des Zolltarifs mit seinen erhöhten Lebensmittelzöllen würde unfraglich eine neue Steigerung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Die Einschränkung der Konsumtion wird zur weiteren Einschränkung der Produktion und diese zum weiteren Anschwellen der Arbeitslosen führen, die für jeden Preis zu haben sein werden. Daher hätten gerade die Zolltarif-Parteien alle Ursachen, schon heute auf Mittel und Wege zu sinnen, der drohenden Arbeitslosigkeit vorzubeugen. — Bei der letzten Berathung über diesen Gegenstand hat Graf Kanitz auf die Arbeitsscheuen und die Vagabunden hingewiesen. Die Vagabondage wird aber z. Z. geradezu künstlich vom Kleinhandwerk gezüchtet, das seine Lehrlinge nach Beendigung der Lehrzeit einfach auf die Straße wirft. Dieser Erziehung zur Vagabondage muß ein Riegel vorgeschoben werden. — Graf Kanitz behauptete weiter, die Arbeitslosigkeit sei wesentlich eine Frage der Industriearbeiter. Aber gerade Graf Kanitz sollte doch als trefflicher Kenner der Landwirthschaft die gewaltige Differenz zwischen der Zahl der zur Erntezeit und der etwa im Monat Februar beschäftigten Arbeiter kennen. In dieser Differenz steckt ein gutes Theil der Armee der Arbeitslosen. Man wies ferner auf das häufige Fortziehen der Landarbeiter hin. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: einmal die brutale Behandlung und zum andern die arbeitsparenden Fortschritte der Technik. Interessant würde eine Enquete über die Verschuldung der Landarbeiter sein; sie würde ergeben, daß die Arbeiter im Sommer ihre Winterschulden abarbeiten. Man sieht, die Vertreter der Landwirthschaft haben allen Grund, die Frage der Arbeitslosigkeit nicht so von oben herab zu behandeln. Unter den 771 000 Arbeitslosen, die Graf Kanitz zugab, befinden sich über 162 000 Landarbeiter. Würden Mittel und Wege gegen die Arbeitslosigkeit auf dem Lande gefunden, so würde die Arbeitslosigkeit in den Städten minder schroffe Formen annehmen. — Nicht mit periodischen Maßregeln, nur mit einer dauernden Sicherung des Existenzminimums ist eine wirkliche Abhilfe zu schaffen. Die Erhaltung der Arbeitskraft ist nicht nur für den einzelnen Arbeiter, sondern für die ganze Volkskraft von ungeheurer Bedeutung. Aber gerade mit der Arbeitskraft wird der furchtbarste Raubbau getrieben. . . . In den Zeiten der Krise geht die Ernährung des Arbeiters zurück, fassen Trunksucht und andere Laster Boden. Für Staat und Gesellschaft bedeutet eine Krise die unglaublichsten Kosten; allein die Vagabondage kostet 150 Millionen alljährlich. Zählen wir noch die Armenlasten der Gemeinden hinzu, so kommen Summen zusammen, mit denen sich eine gute Arbeitslosenversicherung bewerkstelligen ließe. Man hat nun die Arbeitslosenversicherung als Prämie auf die Faulheit bezeichnet; mit demselben Recht könnte man die Feuerversicherung als Prämie auf Brandstiftungen bezeichnen. Thatsächlich haben aber mit der Feuerversicherung die Brände abgenommen; mit der Arbeitslosigkeit würde es bei einer Einführung der Arbeitslosenversicherung ebenso gehen, wie die Erfahrungen jener Gewerkschaften, die sie bei sich eingeführt haben, klärlich beweisen. — Ich habe gelegentlich meine Ansicht über die Arbeitslosenversicherung dargelegt, wohlverstanden, meine persönliche Ansicht, für die die Partei nicht verantwortlich zu machen ist. Nach meinem Plane würden, 1895 als Normaljahr genommen, alljährlich in Deutschland für 109 Millionen Tage 218 Millionen Mark an Arbeitslosenversicherung zu zahlen sein, also unter Zurechnung der auf ca. 60 Millionen zu berechnenden Verwaltungskosten etwa 280 Millionen Mark, weniger, als der Reichstag für manche andere weniger nützliche Zwecke oftmals bewilligt hat. Dabei ist noch zu bedenken, was die Staaten und Gemeinden an Armen- und Gefängnißkosten durch die einzuführende Versicherung sparen würden. — Die Verwaltungskosten würden Staat und Gemeinden zu tragen haben; die eigentliche Versicherung würde sich auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber vertheilen; daß letztere mit herangezogen werden, würde nur der Gerechtigkeit entsprechen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Versicherung dürfte sich weder auf den Winter, noch auf die Städte beschränken; das platte Land müßte mit hereingezogen werden; übrigens würde die Landwirthschaft, gerade wie bei der Invalidenversicherung, so auch bei der Arbeitslosenversicherung thatsächlich profitiren. Gegen einen etwaigen Mißbrauch ließen sich Cautelen einfachster Art aufrichten; man würde die Unterstützung von der Beitragszahlung abhängig machen, derart, daß etwa eine Woche Beiträge auf einen Tag Unterstützung Anrecht giebt. Weitere Verbesserungen würde die Erfahrung an die Hand geben. Die Schaffung einer Arbeitslosen-Versicherung dieser Art würde von immensem Nutzen für die gesammte Volkswirthschaft begleitet sein, sie würde u. A. eine genügende Arbeitslosenstatistik ermöglichen und jederzeit eine ausreichende Uebersicht über den Arbeitsmarkt gewähren. — Von den jugendlichen Arbeitern, die sich heute im Kothe der Landstraße herumtreiben müssen, würde man verlangen können, daß sie zur Zeit der Unterstützung die Fortbildungsschule besuchen. Wie ist es nun aber bisher bei Interpellationen über die Arbeitslosigkeit gegangen? Es wurde bestritten, daß die Zahl der Arbeitslosen so groß sei, wie die Interpellanten angaben, und damit Basta. Im besten Falle wurde zu dem Palliativmittelchen, neue Korektionshäuser zu bauen, gegriffen, womit natürlich dem Uebel nicht im Entferntesten abgeholfen wurde. Noch in der vorigen Woche haben sich die Krankenkassen mit der vorliegenden Frage beschäftigt. Die Aerzte haben festgestellt, daß gerade in der Zeit der Krise die Anforderungen an die Krankenkassen sich ganz bedeutend steigern. Der Zusammenhang ist ja auch klar: in Zeiten der Arbeitslosigkeit laboriren die von ihr Betroffenen an konstanter Unterernährung. Sorgen Sie dafür, daß die Arbeiter nicht genöthigt sind, in den Zeiten der Krise ihre Ersparnisse aufzehren zu müssen; dann wird die Arbeitsfreudigkeit und die Arbeitsleistung der deutschen Arbeiter steigen! (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Dr. Bachem (Z.): Seit der Besprechung der vorliegenden Interpellation im Januar sind keine neuen Momente eingetreten, die eine Ausdehnung der Arbeitslosigkeit hervortreten oder befürchten ließen. Das Hauptmittel gegen Arbeitslosigkeit ist und bleibt die Ausgestaltung des Arbeitsnachweises. Es ist manches in dieser Richtung geschehen, aber es bleibt noch immer viel zu thun übrig: namentlich muß eine tüchtige Organisation für die Rückwanderung der industriellen Arbeiter auf das Land geschaffen werden. Ein weiteres Mittel gegen die Arbeitslosigkeit stellen die Naturalverpflegungsanstalten dar. Der Unterstützung der Arbeitslosen darf niemals der unangenehme Beigeschmack der Armenunterstützung anhaften. Unter den Sozialdemokraten selbst sind die Ansichten über Arbeitslosenversicherung nicht geklärt. Für die nächste Zeit ist die wichtigste Frage nicht die Bekämpfung der vorhandenen, sondern die Verhinderung neuer Arbeitslosigkeit. Wenn es gelingt, den Zolltarif zu verabschieden — (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten) — ja, meine Herren, warten Sie doch ab, was die Industriearbeiter sagen werden, wenn Sie den Tarif zum Fall bringen, in welchem doch nicht nur die landwirthschaftlichen, sondern auch die industriellen Zölle stecken. (Lachen links.) Man hat ungebührlich die Landwirthschaftszölle in den Vordergrund geschoben und auf sie die ganze Agitation konzentrirt, dagegen verschwiegen, wie die städtischen Arbeiterlöhne beim Ausfall der Industriezölle sinken würden. Jedenfalls um mehr, als die Arbeiterschaft für Agrarprodukte ausgiebt. (Sehr richtig! rechts.) Die Politik der Sozialdemokratie in Sachen des Zolltarifs befördert die Arbeitslosigkeit, die beim Fall des Tarifs sich rapid ausdehnen würde. Die schwersten Zeiten stehen der Industrie bevor, wenn wir nicht zu einer besseren Regelung der Handelsbeziehungen gelangen. Noch ärger aber würde es werden, wenn, wie die Sozialdemokraten in der Kommission verlangt haben, für fast alle Produkte Zollfreiheit eingeführt würde. (Zuruf des Abgeordneten Singer (SD.): Schauderhaft!) Die Herren Sozialdemokraten, die sonst für Luxusbelastung sind, haben Zollfreiheit für Hummern, Austern und Kaviar beantragt. (Zuruf des Abg. Antrick: Das ist nicht wahr, Sie waren ja gar nicht in der Kommission!) Das stimmt, ich habe aber die Verhandlungen aufmerksam verfolgt. Herr Molkenbuhr hat Zollfreiheit für Champignons beantragt, als ob solche auch ein Volksnahrungsmittel darstellten; ferner ist von sozialdemokratischer Seite Zollfreiheit für Sekt, Pelze, Ballschuhe, Smyrnateppiche u. s. w. beantragt worden. Würden diese Anträge durchgehen, so würden nicht durch die bösen Fabrikanten, sondern durch die Politik der sozialdemokratischen Fraktion Tausende von Arbeitern auf das Pflaster geworfen werden. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Die von den Sozialdemokraten beantragte Zollfreiheit würde den Ruin der deutschen Eisenindustrie bedeuten. Und schieben Sie doch nicht einseitig alle Schuld auf die Unternehmer! Ich könnte Ihnen solche nennen, die aus eigener Tasche zusteuern, nur, um nicht die Arbeiter auf die Straße werfen zu müssen. Sie (zu den Sozialdemokraten) sollten doch nicht der Agitation zu Liebe derart vorgehen. Um der Industriezölle halber kann der deutsche Arbeiter die Preissteigerung der Agrarprodukte ertragen. Verabschiedung des Zolltarifs ist das beste Mittel gegen Arbeitslosigkeit. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum. Widerspruch b. d. Soz.)

Zubeil (SD.): Die Behauptung des Abg. Bachem, wir hätten in der Kommission für Zollfreiheit für Kaviar gestimmt, ist falsch, wie so viele Behauptungen desselben Herrn Abgeordneten bei anderen Gelegenheiten. Das Beispiel Englands und speziell der englischen

Textilindustrie widerlegt den von Bachem behaupteten Zusammenhang hoher Löhne und hoher Zölle auf das Evidenteste. Gegen das von ihm selbst zugestandene Uebel der Arbeitslosigkeit weiß Herr Bachem kein anderes Mittel, als den Ausbau der Arbeitsnachweise: weiß er nicht, mit welcher Feindseligkeit das Unternehmerthum, die Kühnemänner an der Spitze, denselben gegenübersteht? Bei der Berathung dieser Interpellation im Januar d. J. führte ich aus, daß das sächsische Eisenbahnministerium nicht vor Arbeiterentlassungen zurückgeschreckt sei und daß in der sächsischen Maschinenfabrik in Chemnitz 500 Fälle von Entlassungen und Kündigungen vorgekommen seien. Der sächsische Bundesbevollmächtigte Graf Hohenthal bestritt das; ich habe aber später eine meine Darstellung in den wesentlichsten Punkten bestätigende Depesche aus Chemnitz erhalten. Ich erhielt ferner einen Brief aus dem Plauenschen Grunde, wonach daselbst Familienväter mit zahlreichen Kindern, die um Arbeit baten, schroff zurückgewiesen und Czechen und andere Ausländer an ihrer Stelle angenommen worden sind. — Im Januar schob Graf Kanitz die Hauptschuld an der Arbeitslosigkeit auf die „gewissenlosen" Agenten, die die Arbeiter vom Lande in die Städte locken — als ob es gewissenlosere Agenten gäbe, als die, die für die Agrarier galizische nsw. Arbeiter werben — und verwies die Arbeiter auf die Selbsthülfe, was sich aus dem Munde eines der stets nach Staatshülfe schreienden Agrarier besonders schön ausnahm. Herr Gamp seinerseits sieht den Grund der Arbeitslosigkeit — in der Arbeiterschutzgesetzgebung. Gegen einen solchen Standpunkt müssen wir entschieden protestiren. Auch wir halten die Durchführung der Arbeitslosenversicherung für schwierig, unmöglich ist sie aber nicht. Die Zählung der Berliner Gewerkschaften hat eine ungeheure Zahl von Arbeitslosen ergeben. Am schwersten haben unter der Arbeitslosigkeit die unschuldigen Kinder zu leiden. Ueber 37 000 Kinder hatten die gänzlich Arbeitslosen in Berlin, über 20 000 die Arbeitslosen in den Vororten. Was hat nun die Regierung für den kommenden Winter gethan? Der Herr Staatssekretär hat alle Hände voll zu thun, um den Wuchertarif auf das arbeitende Volk zu wälzen. (Sehr gut! b. d. Soziald.) Einzelstaaten und Gemeinden müssen angewiesen werden, was sie gegen die schleichende Krisis zu thun haben, die immer noch anhält. Wir gehen einem sehr schlimmen Winter entgegen. Hunger und Elend der Arbeiterklasse werden wachsen. Traurige Nachrichten kommen von den Heimarbeitern Thüringens und des sächsischen Erzgebirges. In den Militärwerkstätten sind Arbeiter entlassen, die schon 17 Jahre im Dienste waren. Auch das neue Berliner Postgebäude, für das die Mittel längst bewilligt sind, ist noch nicht begonnen. Es ist Pflicht des Reichstags, auf die Regierung einzuwirken, daß schnellstens etwas zur Linderung der Noth geschieht. (Lebh. Beifall b. d. Soziald.)

Rösicke (wildlib.): Die wirthschaftlichen Verhältnisse haben sich seit Januar so verschoben, daß die damaligen Zahlen nicht mehr für heute gelten können. Ich glaube aber, daß im kommenden Winter die Arbeitslosigkeit sich wieder verschärfen wird. Es kommt darauf an, ob wir einen milden oder einen harten Winter haben werden. Deshalb müssen wir schon heute überlegen, was der Staat gegen die Arbeitslosigkeit thun kann. Eine der wesentlichsten Aufgaben ist die Frage der paritätischen Arbeitsnachweise. Ohne einen Druck auf die Kommunen wird es dabei nicht abgehen. Nun kann die Arbeitsvermittelung zwar keine neue Arbeit schaffen, sie kann die vorhandene aber richtig vertheilen. Von den eigentlichen Nothstandsarbeiten ist nicht viel zu erwarten. Es wäre aber an der Zeit, den längst projektirten Mittellandkanal in Angriff zu nehmen. (Gr. Heiterkeit.) Der Kanalbau sollte gerade in einer Zeit vorgenommen werden, wo wir diese Arbeit am nöthigsten brauchen. Herr Bachem rieth, den Zolltarif anzunehmen. Ja, aber welche Zollsätze? Molkenbuhr hat durchaus Recht, wenn er sagt, daß eine Erhöhung der Agrarzölle die Arbeitslosigkeit vermehren wird. Dasselbe gilt von den Industriezöllen. Diejenigen Vertreter der Industrie, die für den Zolltarif eingetreten sind, sind in der Hauptsache diejenigen, die einen Profit für ihre Tasche dabei erwarten. (Sehr richtig! links.) Wenn der Kollege Bachem die Arbeitslosigkeit wirklich bekämpft, dann sollte er mit uns den Zolltarif ablehnen. Eine Versicherung gegen die Folgen unverschuldeter Arbeitslosigkeit erscheint mir durchaus nothwendig. Ist der Weg auch zuerst nicht so gangbar, wie man wünscht, er muß eingeschlagen werden. Die deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften verlangen, daß der Staat ihnen die Mittel zur Durchführung der Arbeitslosenversicherung übergiebt. Dagegen habe ich zwei Bedenken: einmal wird es nicht möglich sein, alle Arbeiter, auch die ungelernten, gewerkschaftlich zu organisiren, und zweitens; glauben denn die Gewerkschaftsvertreter, daß in den nächsten 50 Jahren sich in Deutschland eine Regierung finden wird, die sozialdemokratischen Gewerkschaften staatliche Geldmittel zufließen läßt? Die Gewerkschaften sollten sich mit einer allgemeinen Arbeitslosenunterstützung begnügen; sie könnten ja dann noch innerhalb der Gewerkschaften Zuschüsse leisten. Mir selbst würde es am richtigsten scheinen, wenn zunächst die Gemeinden im Anschluß an die paritätischen Arbeitsnachweise diese Unterstützungszweige einführen würden. Die Regierung möchte ich fragen, wie weit sie dem Verlangen des Reichstags auf Einsetzung einer Kommission, die die Frage der Arbeitslosenversicherung prüfen soll, nachgekommen ist. (Beifall links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Wenn der Staatssekretär des Innern so mächtig wäre, daß er die Produktion regeln und infolgedessen auch die Arbeitslosigkeit vermeiden könnte, so wäre er ein sehr glücklicher und erfolgreicher Mann, denn er könnte dann ein gut Theil der sozialen Fräge mit einem Federstrich lösen. Herr Roesicke meinte, man solle der Arbeitslosigkeit steuern. Das kann man aber nur, indem man den Arbeitslosen Arbeit verschafft und dies ist nur möglich, wenn die dazu nöthigen Mittel vorhanden sind. Ich kann Sie versichern, daß jedesmal ein heftiger Kampf zwischen mir und dem Reichsschatzamt gerade über die Positionen auf dem Gebiet der Landeskultur entsteht. Ich habe mich an die einzelnen Regierungen gewendet mit der Anfrage, wie die gegenwärtige Lage auf dem Arbeitsmarkte sei. Ich hoffe, daß die Regierungen hierin einen Anstoß finden werden, ihrerseits nach besten Kräften für Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Die gegenwärtige Krisis ist dadurch entstanden, daß man eine vorübergehende gute Konjunktur auf manchen Gebieten irrthümlicherweise für eine dauernde Konjunktur gehalten hat. (Sehr richtig!) Man hat dadurch viele Arbeiter in die Städte gelockt, zum Schaden der Landwirthschaft. Auf dem Gebiete der Arbeitsnachweise ist noch unendlich viel zu schaffen. Was die Arbeitslosenversicherung anlangt, so werden die verbündeten Regierungen in allernächster Zeit zu dieser Frage Stellung nehmen. Wir haben die Verpflichtung, wenn gegenüber unzweifelhaften Nothständen eine solche Frage auftaucht, sie zum mindesten einer erneuten Prüfung zu unterwerfen. Das wird seitens der verbündeten Regierungen geschehen, dessen seien Sie versichert. (Bravo!)

Graf Kanitz (K.): Wir haben noch mit denselben Faktoren wie vor 9 Monaten zu rechnen. Angesichts der Arbeitslosigkeit halte ich es, wenn unsere Finanzlage auch eine sehr schwierige ist, doch nicht für richtig, wenn die preußische Forstverwaltung mit Arbeitseinschränkungen vorgeht. Herr Molkenbuhr ist auf die ländlichen Verhältnisse eingegangen. Wenn 40 Prozent der Arbeiter in der Landwirthschaft beschäftigt sind und nur der vierte Theil der Arbeitslosen auf die Landwirthschaft entfällt, so spricht das für die Landwirthschaft. Graf Posadowsky legte der Ueberproduktion die Schuld an der Krisis bei. Gewiß hat auch sie ihren Antheil, als zweiter Umstand kommt aber hinzu die Spekulation auf den ausländischen Markt als Hauptabsatzgebiet für die Industrie. Das Hauptgewicht muß vielmehr auf den einheimischen Markt gelegt werden. (Sehr richtig! rechts.) Mit den Feierschichten steht es heute, wie mir Herr Dr. Hammacher sagte, umgekehrt wie im Jahre 1889. Damals klagten die Arbeiter über zuviel Arbeit, heute über zuviel Feierschichten: nicht mit Unrecht! Ich verurtheile die billigeren Verkäufe nach dem Auslande, die die ausländische Industrie auf Kosten der heimischen heben, auf das Allerentschiedenste. An und für sich ist mir der in der Kommission gestellte sozialdemokratische Antrag, dem Bundesrath bei billigeren Auslandsverkäufen das Recht zur Aufhebung der Zölle zu geben, durchaus sympathisch; aber die praktischen Schwierigkeiten sind zu groß. Die Abhängigkeit der Eisenbahnen von den Syndikaten ist ein unhaltbarer Zustand. (Zuruf links: Billige Wasserstraßen!) Wasserstraßen sind für den Kohlentransport nicht geeignet. Mit Herrn Bachem bin ich der Meinung, daß das Zustandekommen des Zolltarifs das beste Mittel gegen die Arbeitslosigkeit ist. (Lachen bei den Soz.) Gesunde Verhältnisse in der Landwirthschaft führen zu gesunden wirthschaftlichen Verhältnissen überhaupt. Ich kann daher nur die dringende Bitte an Sie richten: helfen Sie mit beim Zustandekommen des Zolltarifs. (Beifall rechts und im Zentrum, Widerspruch links.)

v. Elm (SD.): Mit der ja allgemein zugestandenen Größe der Arbeitslosigkeit allein ist keinem gedient; es handelt sich um positive Maßnahmen gegen dieselbe. Die Regierung hat nichts gethan, nicht einmal dem Wunsche des Reichstages entsprechend eine besondere Kommission niedergesetzt; aber freilich fällt der Vorwurf der Unthätigkeit von der Regierung auch auf den Reichstag zurück. Zu den wirksamsten Maßregeln gehören Festsetzung des Normalarbeitstages und Sicherung der Koalitionsfreiheit; beide Maßregeln zusammen hindern das Sinken der Löhne. In dem Sinken der Löhne besteht doch die Hauptursache der gegenwärtigen Krisis. Wir leiden an einer Unterkonsumtion und nicht an einer Ueberproduktion. Wie soll diese Unterkonsumtion beseitigt werden? Sie (nach rechts) sagen, wir sollen den Zolltarif annehmen. Der Zolltarif hat aber eine Steigerung der Preise und damit eine Verstärkung der Unterkonsumtion zur Folge. Daß auch durch zu hohe Industriezölle eine Vertheuerung der Waaren eintritt, haben wir nie bestritten. Für die Taktik der Sozialdemokraten in der Kommission ist nicht in jedem Falle die Gesammtheit der Fraktion in dem Sinne verantwortlich zu machen, daß die Fraktion nun auch an die Ausführung dieser Kommissionsanträge bezüglich jedes einzelnen Industriezweiges im Plenum gebunden wäre. (Aha! rechts). Taktische Gründe haben uns zur Stellung dieser Anträge veranlaßt, wie ja auch die anderen Parteien sich bei ihren Anträgen von taktischen Rücksichten leiten lassen. (Sehr richtig! bei den Soz.) — Mit dem, was Graf Kanitz gegen die billigen Auslandsverkäufe gegen die Syndikate gesagt hat, bin ich einverstanden, warum hat er aber bei seiner Kritik das Zuckerkartell vollständig vergessen? Nicht einseitig, sondern allgemein muß gegen die kartellirte Industrie vorgegangen werden. Gewerkschaften und Genossenschaften sind heute das alleinige Gegengewicht gegen die Kartelle. Diese muß also der Staat fördern, alle Hemmnisse ihrer Entwicklung müssen beseitigt, das volle Koalitionsrecht muß eingeräumt werden. — Es ist von einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit gesprochen worden. Auch nach meiner Meinung haben Staat und Gemeinden die Verpflichtung, zur Versicherung der Arbeitslosen Beihilfe zu leisten. Um das genügende Material zu dieser Frage zu liefern, müssen häufiger Arbeitslosenzählungen vorgenommen werden. Das einzig brauchbare Material haben bisher die Gewerkschaften geliefert. Ein praktischer Anfang zur Arbeitslosenversicherung wäre die Gewährung von Zuschüssen an die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sind gewiß Kampforganisationen, ihr Kampf ist eine kulturelle Nothwendigkeit; die Zuschüsse verlangen sie aber natürlich nicht zur Unterstützung ihres Kampfes, sondern lediglich zur Bekämpfung der Arbeitsnoth. Dem Staat, der die Zuschüsse leistet, würde selbstverständlich das Recht der Kontrolle über die Verwendung der Mittel zustehen. Der Vorschußgedanke des Herrn Bachem ist unausführbar. Wie sollen diese Vorschüsse von den Arbeitern hernach zurückgezahlt werden? Soll etwas Brauchbares geschaffen werden, so muß es auf der allgemeinen Solidarität der Arbeiter aufgebaut werden. Auch für den Gedanken einer allgemeinen Reichssparkasse bin ich nicht zu haben. Die Arbeitsnachweise sind heute größtentheils Kampforganisationen des Unternehmerthums und werden es noch lange bleiben. Der Ausbau auf den kommunalen Arbeitsnachweisen ist auf die Dauer unmöglich. Die Kölner städtische Arbeitslosenversicherung kann sich nur mit starken privaten Zuschüssen halten. Eine zentralistische Basis ist nothwendig, mit den kleinen Kommunalbezirken ist nicht auszukommen. Der heutige Staat ist an der Fürsorge für die Arbeitslosen interessirt. Die Armenverwaltungen und Arbeitgeber haben ein großes Interesse daran. Herr Roesicke glaubt an keine Aenderung in den nächsten 50 Jahren. Ich bin darüber anderer Meinung. Die Verhältnisse ändern sich heute sehr schnell, Minister kommen und gehen. Früher wäre es gar nicht möglich gewesen, daß die deutsche Reichsregierung einen Vertreter zum Gewerkschaftskongreß geschickt hätte. Von diesem agrarischen Reichstage erwarte ich allerdings kein Vorgehen auf dem Gebiete der Arbeitslosenunterstützung. Dem heutigen Reichstag der Brodvertheuerung aber werden die Arbeiter bei den Wahlen schon sagen, was sie von ihm zu halten haben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

Hilbck (NL.): Durch die kolossalsten Anstrengungen der Arbeitgeber ist es in den Industriebezirken des Westens bisher gelungen, die drohende Noth von den Arbeitern fernzuhalten. Die Industrie bedarf aber dringend der Unterstützung durch den Bau von Wasserstraßen, gegen den die Herren der Rechten so lebhaft Opposition machen. Dabei bringt der Regierungsbezirk Düsseldorf mehr direkte Steuern auf, als Ostpreußen und Westpreußen zusammen. Einige große Firmen verhandeln bei dem Abschluß von Auslandslieferungen jetzt jedesmal mit ihren Arbeitern und fragen diese, ob sie diese Lieferungen nicht zu einem bestimmten Preise fertigstellen wollen. Bisher sind die Arbeiter noch jedesmal darauf eingegangen. Man komme uns aber nicht mit dem Einwande, als ob man im Auslande für seine Produkte eben so viel erzielen könne, als im Inlande. Wie wollten wir denn auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben? Wenn die Industriellen billiger ins Ausland liefern, so thun sie das lediglich im Interesse der Arbeiter. (Lachen bei den Soz.) Graf Kanitz hat sein altes Steckenpferd, die Syndikate, geritten. Es giebt ja Leute, die nichts lernen und nichts vergessen. (Oho! rechts). Die angekündigte Enquete über die Fleischnoth wird hoffentlich beweisen, daß der Zweck der Syndikate nicht ist, die Preise unnatürlich hoch zu halten, sondern vielmehr durch gemeinsames Vorgehen Verluste von der betreffenden Industrie abzuhalten.

Geh. Oberregierungsrath Dr. Hopf bestreitet gegenüber den Abgg. Zubeil und Graf Kanitz, daß die Eisenbahnverwaltung den Verkehrsrückgang dazu benutzt hätte, um irgend welche Arbeiter abzuschieben.

Hierauf tritt Vertagung ein.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Stadthagen (SD.): Herr Dr. Bachem hat behauptet, ich, bezw. meine Fraktion hätten in der Zolltarifkommission für Champignons, Hummer und Austern Zollfreiheit beantragt. Herr Bachem hat diese Dinge ja nicht aus der Kommission mitgetheilt, was ihm bei einer früheren ähnlichen Gelegenheit von sehr autorativer Seite nahe gelegt war, nicht zu thun, sondern aus seiner Phantasie. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) In unseren wenigen Anträgen, die wir gestellt haben (Große Heiterkeit), ist die Position 35, die diese Dinge betrifft, nicht enthalten. (Hört, hört! bei den Soz.) Das muß aus dem Protokoll ebenfalls hervorgehen. Wir haben nicht nur nicht für diese Positionen Zollfreiheit beantragt, sondern haben für Anträge anderer Parteien auf Zollerhöhung trotz ihres Wohlgeschmacks gestimmt. Ich habe damals etwa ausgeführt — (Große Heiterkeit. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Sie dürfen hier nicht ganze Reden aus der Kommission wiederholen. (Erneute Heiterkeit.)

Stadthagen (SD.): Ich wollte nur ein paar Kleinigkeiten —

Präsident Graf Ballestrem: Auch das dürfen Sie nicht; die Kleinigkeiten des Abgeordneten Stadthagen sind in der Regel sehr umfangreich. (Große Heiterkeit.)

Dr. Bachem (Z.) beruft sich zum Beweise seines guten Glaubens auf Zeitungsberichte der „Germania" und der „Köln. Ztg.". (Lachen links.) Auch im amtlichen Protokoll stehe, daß Molkenbuhr Zollfreiheit befürwortet habe.

Molkenbuhr (SD.) bestreitet diese Behauptung. Er habe sich nur gegen eine Erhöhung des Champignonzolls gewendet, und zwar in Gemeinschaft mit dem Regierungsvertreter im Interesse der Konservenfabrikation.

Stadthagen stellt nochmals fest, daß er für die Zollerhöhung auf Caviar eingetreten sei. Im Rahmen einer persönlichen Bemerkung sei es schwer, die Fülle der Bachem'schen Unwahrheiten zu widerlegen.

Präsident Graf Ballestrem: Es ist manches schwer im Parlamentarismus und muß doch geschehen. (Große Heiterkeit.)

Dr. Bachem beruft sich wiederholt auf Zeitungsberichte und das Protokoll. Seine Zeugen seien die Abgg. Paasche, Sittart und Müller-Fulda.

Damit schließen die persönlichen Bemerkungen.

Dem Vorschlage des Präsidenten, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung außer den Interpellationen der Sozialdemokraten und Freisinnigen über die Steigerung der Fleischpreise die zweite Berathung des Zolltarifs zu setzen, wird von dem Abg. Singer (SD.) durch den Antrag widersprochen, morgen die heutige Debatte über die Arbeitslosigkeit zum Abschluß zu bringen und die Berathung des Zolltarifs um einen Tag hinauszuschieben. Für diesen Antrag stimmen nur die Sozialdemokraten und 3 Mitglieder der freisinnigen Vereinigung. Es bleibt also beim Vorschlag des Präsidenten.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 7 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein interessanter Ordnungskandidat wird den Genossen in Dresden-Neustadt bei der nächsten Reichstagswahl gegenüberstehen. Es ist nämlich von den vereinigten Ordnungsparteien, wie aus Dresden berichtet wird, für diesen Kreis, den unser Genosse August Kaden vertritt, der Landgerichts-Direktor Becker aufgestellt worden. Herr Becker hat sich als richterlicher Bekämpfer der Sozialdemokratie einen Namen weit über die Grenzen Sachsens hinaus gemacht. Es ist derselbe Herr, der als Aktionär der Waldschlößchen-Brauerei Parteigenossen wegen Boykottirung dieser Brauerei verurtheilte. Becker stellte, um Sozialdemokraten wegen Boykotts verurtheilen zu können, den Grundsatz auf, der Boykott verletze die Gewerbefreiheit, deren Prinzip es sei, jedem Geschäftsmanne seinen Erwerb zu garantiren. Er war hervorragend betheiligt an den Maispaziergangsprozessen und verschiedene frühere Redakteure der „Sächsischen Arbeiterzeitung" haben ihn in gutem Andenken. Die Dresdener Abeiter werden dem Herrn, wenn er von dem kurulischen Sessel heruntersteigt, wohl kräftig dienen.

Die deutsche Burenfurcht. Während in Paris die Burengenerale sowohl von dem Ministerpräsidenten Combes wie dem Minister des Auswärtigen Delcasse empfangen wurden, ohne daß man peinliche Etiquettenfragen aufwarf, hat man in Berlin sogar die Anschlagsäulen-Firma Nauck u. Hartmann mobilisirt, um die Plakatirung des Aufrufes des Empfangsausschusses für die Burengenerale zu verhindern. Die Weigerung ist offenbar auf einen Wink des Polizeipräsidiums erfolgt, das auch sonst eifrig bemüht ist, jede Möglichkeit burenfreundlicher Demonstrationen zu verhindern. Nun wird auch wohl das ganze Volk der Hoflieferanten die anfängliche Begeisterung abschnüren; die „undankbaren" Generale verdienen es ja nicht anders. Der „Nieuwe Rotterd. Courant" giebt folgende Darstellung der Affäre: Nach den erfolgten Anregungen einer Zwischenperson, die aber im Unklaren lassen, inwieweit der Kaiser persönlich mit der Angelegenheit in Verbindung zu bringen ist, stimmte Dewet einem Besuch beim Kaiser zu. Er konnte nicht anders handeln, ohne unhöflich zu sein. Gleichzeitig verlangte er Informationen, nach welchen Formalitäten der Empfang vor sich gehen sollte. Die Formalitäten, die ein Enthalten von einer Agitation und Einführung durch den englischen Gesandten verlangten, bildeten keinen Hinderungsgrund. Nun blieb die offizielle Einladung aus. Die Generale wollten eine klare Einladung haben, ehe sie die Audienz wagten. Daher die offizielle Mittheilung der Generale aus dem Haag vom 6. d. Mts. Diese Darstellung beweist die Richtigkeit der Auffassung, daß die

deutsche Regierung eine höchst zweideutige Rolle gespielt hat; sie wollte überschlau zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen und die Audienz als einen mit allerhöchster englischer Genehmigung erfüllten Wunsch der Generale zu stande bringen. Man hat kläglich vorbei geschlagen.

Kleine politische Nachrichten. Zum Vorsitzenden der polnischen Reichstagsfraktion soll an Stelle des Fürsten Anton Radziwill ein radikal gesinnter Abgeordneter gewählt werden. Der demokratische Theil der Fraktion verübelt dem Fürsten seine Theilnahme an den Posener Kaisertagen. — Die Abgg. Frhr. v. Wangenheim, Roesicke-Kaiserslautern und Dr. Hahn brachten im Reichstage die von ihnen bei der zweiten Berathung der Zollvorlage in der Kommission Namens des Bundes der Landwirthe eingebrachten, aber abgelehnten Anträge auf Erhöhung der landwirthschaftlichen Zölle 2c. ein. — Das Befinden des Abg. v. Levetzow hat sich nach der „Post" wieder erheblich verschlimmert. — Sämmtliche größeren Städte Sachsens beschlossen, gemeinsam eine Petition an die Staatsregierung zu richten behufs Hinwirkung auf die Einfuhr lebenden Viehes aus dem Auslande. — Die Leitung des alten Bergarbeiterverbandes fordert die gesammten deutschen Bergleute auf, während der jetzigen auswärtigen Streiks keine Ueberschichten zu verfahren. — Die „Nordd. Allg. Zeitung" schreibt: „Nachdem die Audienz der Burengenerale bei dem Kaiser aus den bekannten Gründen sich zerschlagen hat, werden auch die amtlichen Kreise (auch die Polizei? Red.) von der Anwesenheit der Generale in Berlin keine Notiz nehmen." Es wird auch ohne sie gehen! — Bei der Stadtverordnetenwahl in Mannheim wurden in der Klasse der Höchstbesteuerten zehn Nationalliberale, vier Freisinnige und drei Zentrumsanhänger gewählt. Auch in dieser Klasse hat also der Ultramontanismus trotz des Katholikentages nur ein sehr bescheidenes Resultat erzielt. — Ein Kontrakt zwischen der dänischen Regierung und der Firma Krupp ist unterzeichnet worden über eine neue Lieferung für die Feldartillerie und zwar von 128 Geschützen und 192 Munitionswagen mit Munition und neuem Geschirr. Die Lieferung soll am 1. April 1904 ausgeführt sein. — Das Schiedsgericht über die Streitfrage zwischen Kalifornien und Mexiko bezüglich der geistlichen Güter verurtheilte, wie aus dem Haag gemeldet wird, Mexiko einstimmig zur Zahlung von 1 420 000 Dollar in Geld, welches in Mexiko Kurs hat. — Die Burengenerale reisten Mittwoch Nachmittag von Paris mit dem Norderpreß nach Berlin ab. Auf dem Wege zum Bahnhof, wohin berittene Garde sie eskortirte, wurden sie wieder von Tausenden mit Hochrufen begrüßt. — Das irische Mitglied des englischen Unterhauses, O'Donnell wurde auf Grund des Ausnahmegesetzes wegen Einschüchterung und Aufreizung zur Verschwörung zu zwei Monaten schwerer Arbeit verurtheilt. — Auf Haiti beantragte nach einem Newyorker Telegramm aus Port au Prince vom Dienstag das diplomatische Korps auf die Initiative des amerikanischen Gesandten die Einstellung der Feindseligkeiten zum Zwecke eines Uebereinkommens über Friedenspräliminarien. — Ein Reuterbericht aus Port of Spain (Trinidad) weiß von dem Hissen der englischen Flagge auf Patos in amerikanischen Gewässern zu berichten, ohne daß man, trotzdem der Bericht vom 26. September datirt ist, etwas über das Geltendmachen der Monroedoktrin hörte. — Nach einer Meldung des Newyork „Herald" aus Colombia hat sich General Fernandez zum Diktator proklamirt und den Präsidenten Marroquin gefangen gesetzt.

Rußland.

Zur Regelung und Hebung der Arbeitsverhältnisse hat der Gouverneur von Polen die Einrichtung von Arbeiterbörsen angeordnet, an die sämmtliche, polnische Arbeiter suchende Arbeitgeber sich zu wenden haben. Die preußischen Landwirthe können künftig nur von diesen Arbeiterbörsen Arbeiter beziehen, sind aber verpflichtet, sich darüber auszuweisen, daß diese Arbeiter auf ihren Gütern nicht übermäßig mit Arbeit belastet und in hygienischer Hinsicht die erforderlichen Lebensverhältnisse vorfinden. — Es wäre höchst erfreulich, wenn sich diese Nachricht bestätigte.

Frankreich.

Die Vereinigung der Buchdrucker in St. Etienne **erklärte es für unrichtig, daß die Mitglieder sich anschicken, in den Ausstand zu treten; die Vereinigung würde sich lediglich darauf beschränken, den ausständigen Grubenarbeitern Unterstützung zu sichern.**

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 16. Oktober.

In die Behörde für Wohnungspflege, die auf Grund des Wohnungspflegegesetzes errichtet wird, hat der Senat aus seiner Mitte die Herren Senator Dr. Schön und Senator Dr. Stooss abgeordnet. Zu bürgerlichen Deputirten (Wohnungspflegern) wurden erwählt: J. F. Ch. Alwert, F. A. Bernstein, Ch. J. A. Bohnsack, A. P. Brandt, H. J. F. Dobberstein, R. F. W. Fromm, Dr. med. R. H. H. Gaggow, F. A. G. C. Hahn, B. A. Th. Heick, L. Th. H. Heyck, C. H. H. Hoffmann, G. H. M. Jäde, Dr. med. H. L. M. R. Karutz, G. H. R. Köhn, J. Kollmann, F. G. Lau, Dr. med. M. W. H. Linde, R. M. Ch. A. H. G. L. Lübcke, R. H. W. Möller, H. H. Muss, J. H. J. Oldenburg, H. H. R. Pfaff, J. Prigge, C. M. A. Schnell, F. J. G. Schwartz, K. Seydell, E. C. F. Stapelfeldt, W. L. F. Stender, Dr. med. H. R. E. Struck, Dr. phil. G. Th. Wetzke. Der Vorsitz in der Behörde ist Senator Dr. Schön übertragen worden.

Der Bürgerausschuß, welcher Mittwoch eine Sitzung abhielt, wählte zunächst die Beisitzer des Ausschusses zur Wahl der Schöffen und zur Aufstellung der Vorschlagslisten der Geschworenen; es wurden als solche gewählt: Meeths, Bernstein, Buchwald, Heinsohn, Buhrmann, Cuwie und H. L. Th. Kähler. — Bei Gelegenheit der Berathung der Senatsvorlage, betreffend Erbauung von Hauptsielen zur Entwässerung von Grundstücken der Vorstädte und Vororte, sowie Erhebung von Sielabgaben, hatte der Bürgerausschuß an den Senat das Ersuchen gerichtet, zu veranlassen, daß die Vorarbeiten für die gesetzliche Festlegung eines angemessenen Fabrikbezirkes mit Eisenbahn- und Wasserverbindung, Straßenzügen und Sielleitung thunlichst gefördert würden. Der Senat hat diesem Ansuchen Folge gegeben und, wie er durch seinen Kommissar mittheilen ließ, die Baudeputation mit entsprechender Anweisung versehen. Ferner theilte der Senat mit, daß er an Stelle des erkrankten Senators G. A. Behn den Senator Bertling in die Kommission für das Kaiserdenkmal abgeordnet hat. — Der erste Senatsantrag, mit dem sich der Ausschuß zu beschäftigen hatte, forderte die Summe von 19 800 Mk. zur Erbauung zweier Arbeiterwohnhäuser zu je drei Wohnungen auf dem Hofe Crummesse. Der Bürgerausschuß beschloß, der Bürgerschaft den Antrag zur Mitgenehmigung zu emempfehlen. — Für die Herstellung eines neuen Kassentresors und die Vergrößerung ihres Archivs wurden der Baudeputation 5800 M. bewilligt. — Der nächste Senatsantrag forderte, daß das Gehalt des Direktors der Gewerbeschule und der Baugewerkschule vom 1. April 1903 an auf 7800 Mk. steigend durch 4 nach je 3 Dienstjahren zu gewährende Alterszulagen von je 500 Mk. bis zum Höchstbetrage von 9800 Mk. festgesetzt werde. Der Bürgerausschuß beschloß nach längerer Berathung, die Vorlage zur Vorprüfung an eine Kommission zu verweisen und in diese fünf Mitglieder zu berufen. In die Kommission wurden gewählt: Buchwald, Schwartzkopf, Brecht, Dr. Baethcke, Stender; als Ersatzmänner fungiren: Dr. Görtz, Heinsohn. — Der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung empfohlen wurde sodann der weitere Senatsantrag, nach welchem dem vom Finanzdepartement mit dem Landmann A. Freytag am 20. September 1902 abgeschlossenen Erbpachtvertrage über das an der Dorfstraße zu Israelsdorf gelegene, 89 a 94 qm haltende Grundstück der vormaligen Oberförsterei zu Israelsdorf die vorbehaltene höhere Genehmigung ertheilt werden soll. — Ebenfalls wurde der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung empfohlen, dem Maschinisten am Krankenhause Hugo Thiele vom ersten Oktober dieses Jahres ab, so lange er deren bedürftig sein wird, mithin eventuell bis an sein Lebensende, eine jährliche Altersunterstützung von 650 Mk. zu gewähren. — Schließlich verlas der Wortführer noch eine Eingabe des Vorsitzenden des Ausschusses der Kunstgewerbe-Ausstellung, v. Lütgendorff, um Gewährung eines Zuschusses von 1000 Mark zu den Kosten dieser Ausstellung. Auf Antrag Fehling beschloß der Ausschuß einstimmig, den Senat zu ersuchen, für den Fall eines etwaigen Defizits der Ausstellung, dem Bürgerausschuß eine Vorlage um Bewilligung von höchstens 1000 Mk. entgegenzubringen.

Die nächste Schwurgerichtsperiode beginnt am 24. November d. Js. Den Vorsitz wird Landgerichtsdirektor Runde führen.

Aus dem Gerichtssaal. Wegen Uebertretung des Unterrichtsgesetzes hatte die Ehefrau N. einen Strafbefehl auf 10 Mark lautend erhalten; sie hat während eines ganzen Quartals ihren Sohn nicht zur Schule geschickt. Da sie mit dem Strafbefehl nicht einverstanden war, so legte sie Berufung ein und begründete vor Gericht ihren Einspruch damit, daß ihr Sohn auf dem Wege zur Schule häufig von Ohnmachten befallen werde und auch sonst stets krank sei. Da jedoch der Sachverständige Dr. Lorenz begutachtete, daß die Krankheit des Jungen nicht so schlimm sei, vielmehr die Mutter in ihrer allzu großen Liebe zum Kinde übertreibe, so bestätigte am Dienstag das Schöffengericht den Strafbefehl. — Mit einem Verweise bestrafte dasselbe Gericht das Schulmädchen W., das seiner Schwester aus der Kommode 10,40 Mk. entwendete, um sich ein Paar neue Schuhe zu kaufen. — 2 Wochen Gefängniß soll der Matrose P. verbüßen, weil er einem seiner Kollegen vom Schiffe „Carly" mehrere Kleidungsstücke sowie ein Portemonnaie mit 10 Kronen Inhalt entwendete.

Vom Hafen. In der vorigen Woche trafen seewärts 51 Seeschiffe, darunter 37 Dampfer, im hiesigen Hafen ein. An lebendem Schlachtvieh überbrachten sie 38 Haupt Rinder, 21 Schafe und 1 Kalb. Die Einfuhr an Kronsbeeren ist noch immer sehr beträchtlich; so wurden allein in der letzten Woche 4000 Kisten eingeführt. Auf dem Kanalwege trafen in verflossener Woche 24 Fahrzeuge in Lübeck ein.

Personalien. Der Senat hat den Torpedo-Oberbootsmannsmaaten A. J. K. Dahnke zum Schleusenmeister bei der Kanalbaubehörde ernannt und seinen Amtsantritt auf den 15. Oktober festgesetzt.

Der dritte Theilbetrag der Grund- und Gebäudesteuer und der Beiträge zur Stadtwasserkunst für 1902-03 ist für die Grundstücke in den Vorstädten in der Zeit vom 16. bis 31. Oktober d. Js. bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin wird am kommenden Sonnabend dem Senate einen Besuch abstatten.

Ein Schadenfeuer brach Mittwoch Mittag im Hause Josephinenstraße 17 aus. In der im Kellergeschoß gelegenen Wohnung des Arbeiters K. waren Sägespähne in Brand gerathen. Als die alarmirte Feuerwehr eintraf, hatten die Hausbewohner bereits das Feuer gelöscht.

pb. **Festgenommen** wurde gestern ein angeblich aus Dänemark stammender Fremder, der dringend verdächtig ist, sich eines falschen Namens zu bedienen und mit einem schon seit längerer Zeit von mehreren deutschen Behörden wegen Eigenthumsvergehen gesuchten Bäckergesellen identisch zu sein.

? **Travemünde.** Ein bedauerlicher Unfall stieß Dienstag Nachmittag dem Schaffner R. zu, der den um 7 Uhr von hier abfahrenden Zug zu begleiten hatte. In der Nähe des St. Jürgen-Siechenhauses fiel er aus uns noch unbekanntem Anlaß von der Plattform eines Personenwagens. Der Verunglückte, der am Kopfe Verletzungen aufwies und auch sonst über Schmerzen klagte, wurde, nach Anlegung eines Nothverbandes, mit dem letzten Zuge nach Lübeck befördert.

Stockelsdorf. Die Staatssteuerliste für 1903 liegt bei dem Gemeindevorstand Herrn F. Bruhns bis zum 22. Oktober zur Einsicht aller Betheiligten aus. Wir ersuchen, ausgiebigen Gebrauch davon zu machen. Da Sprechzeit nur von 7—11 Uhr Vormittags ist, so käme hauptsächlich der 19. Oktober für Arbeiter in Betracht.

Eutin. Ueber die Wahl der Landtagsabgeordneten wird uns noch ausführlich geschrieben: Als der Wahlkommissar die Wahlhandlung im Hotel „Stadt Hamburg" eröffnete, bat er, die Wahl recht schleunig zu erledigen, da der Saal bald wieder geräumt werden müsse. Er sollte indessen sein blaues Wunder erleben; denn nicht weniger als fünf Stichwahlen waren erforderlich, bis die Abgeordneten fix und fertig gewählt waren. Anwesend waren nur 70 Wahlmänner, obwohl 73 gewählt worden sind. Der eine der fehlenden Wahlmänner konnte sein Amt nicht ausüben, weil sich nachträglich ergeben hatte, daß er die oldenburgische Staatsangehörigkeit nicht besitzt. Weßhalb aber die beiden anderen fehlten, entzieht sich unserer Kenntniß. Es sei vorausgeschickt, daß die Wahlmänner vom Wahlkommissar per Brief benachrichtigt waren; u. A. war darin auch besonders mitgetheilt worden, daß die Wahlhandlung im „Rathhaussaale" stattfinde. Dies wurde zwar später zwei Mal im „Anzeiger für das Fürstenthum Lübeck" widerrufen, nicht aber den Wahlmännern selbst brieflich mitgetheilt. Das muß als ein großer Fehler bezeichnet werden; denn wer liest den „Wochenwagen"? Die Arbeiter können es sicherlich nicht. Wohl haben die Gemeindevorstände und Bauernvögte Kenntniß vom Inhalte des „A. f. d. F. L."; aber diese Herren fühlten sich nicht verpflichtet, die Arbeiter von der Bekanntmachung zu unterrichten, und so hätte denn sehr leicht besonders für die Arbeiter das Recht als Wahlmann verloren gehen können, wenn nicht die Sozi die Augen selbst aufgehabt hätten. Doch zur Wahlhandlung zurück! Zunächst schlugen die einzelnen Parteien ihre Kandidaten vor. Die Herren vom Bauernbund brachten in Vorschlag: Tews-Gleschendorf, Grimm-Krummsee und den alten Röper-Obernwohlde; die Liberalen: Bürgermeister a. D. Langenheim-Eutin, Amtseinnehmer Döhler-Eutin und Gemeindevorsteher Bruhns-Stockelsdorf. Von Seiten der Sozialdemokraten wurden als Kandidaten vorgeschlagen: P. Hug-Bant, Voß-Schwartau, Bull-Ravensbusch und Langbein-Fissau. Im ersten Wahlgang erhielten die Majoritätsstimmen (mindestens 36) Tews (48) und Grimm (36). Im zweiten Wahlgange wurde Niemand gewählt, da keine Majorität vorhanden war. Vor dem dritten Wahlgang wurden von bürgerlicher Seite die sozialdemokratischen Wahlmänner eifrig umworben, doch für Bruhns mitzustimmen, man werde dann auch für Voß stimmen. Doch war dies lediglich eine Finte; denn während für Bruhns 49 Stimmen abgegeben wurden, erhielt unser Parteigenosse Voß nur 20. Da Voß durch Loos von der Kandidatenliste ausschied, hatten unsere Parteigenossen, infolge der Hinterlistigkeit der Liberalen, überhaupt keinen Kandidaten mehr in der Wahl. Man kann es ihnen nicht verübeln, wenn sie deßhalb im 4. Wahlgange weiße Stimmzettel abgaben, obwohl die Eutiner es nicht unterließen, sie zu animieren, doch für den Amtseinnehmer Döhler zu stimmen. Die Wahl war deshalb gleich Null. Auch der fünfte Wahlgang zeitigte kein Resultat; die sozialdemokratischen Wahlmänner streikten einfach, und Röper schied von der Liste aus. Um 1½ Uhr verließen unsere Parteigenossen schließlich das Wahllokal, worauf dann noch Döhler gewählt wurde. Hätten die Sozi den Saal nicht verlassen, so würde man wohl heute noch wählen. Wie wir übrigens hören, soll Herr Bruhns-Stockelsdorf telegraphisch geantwortet haben, er nehme die Wahl nicht an. Somit müßte, falls Bruhns thatsächlich die Annahme des Mandates ablehnen sollte, noch eine Nachwahl stattfinden; aber die Sozi werden dann schön zu Hause bleiben!

Eutin. Spiele nicht mit Schießgewehr! Der 14jährige Sohn des hiesigen Kirchenrathes Valentiner hatte eine Pistole geschenkt erhalten, mit der er Dienstag Schießübungen anstellte. Infolge einer Unvorsichtigkeit des Knaben explodirte hierbei die Pistole, wodurch ihm die rechte Hand schwer verletzt wurde. Der traurige Vorfall sollte allen Eltern zur Warnung dienen, Kindern Schußwaffen in die Hand zu geben.

Eutin. Der Provinzialrath, der, wie schon gemeldet, am 21. Oktober zu einer 4tägigen außerordentlichen Tagung zusammentritt, wird sich mit folgenden Gegenständen zu beschäftigen haben: Aenderung des Gesetzes über das Unterrichtswesen vom 23. Juni 1897, ferner Normaletat der Stärke und Verpflegung der Gendarmerie für das Großherzogthum Oldenburg und das Fürstenthum Lübeck, ferner Ortsstrafgesetz für das Fürstenthum Lübeck, Abänderung der Wegeordnung vom 20. April 1901, sodann Abänderung der Gemeindeordnung vom 30. März 1876.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Der am Stadthause in Hamburg angestellte Kriminal-Wachtmeister Walther hat sich eine spitze Scheere ins Herz gestoßen, so daß der Tod sofort eingetreten ist. — In der „Primus"-Affäre sind jetzt, wie aus Altona gemeldet wird, die Akten an zwei angeblich hervorragende Gutachter abgegeben worden. Von deren Gutachten dürfte es abhängen, gegen wen Anklage erhoben wird. In vierzehn Tagen bis drei Wochen ist die Erhebung der Anklage zu erwarten. — Eine Anklage wegen Verbrechens wider das keimende Leben führte Dienstag nicht weniger als fünf Personen vor das Schwurgericht in Kiel. Es waren zwei Ehefrauen aus Kiel, eine aus Rendsburg, ein Dienstmädchen aus Osterrönfeld und ein Reisender aus Hamburg. Nach siebenstündiger Verhandlung wurden die Angeklagten bis auf die Ehefrau Eilenstein aus Kiel freigesprochen. Die Schuldigbefundene wurde zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt. — Der Gutsjäger zu Kl. Vielen bei Penzlin (Mecklbg.) fand im Walde eine hängende Leiche, die im Kopfe einen Schuß hatte. Ausweispapiere fehlten in den Taschen.

Hamburg. Massenvergiftung von Schauerleuten durch verdorbenen Schiffsproviant. Dienstag Mittag gingen etwa 180 Schauerleute nach der Unterelbe ab, um den bei Brunshausen liegenden Dampfer „Patricia" der Hamburg-Amerika-Linie zu löschen und gleichzeitig die neue Ladung zu stauen. Wie meistens in solchen Fällen, wurde die Nacht durchgearbeitet und die Arbeiter erhielten an Bord der „Patricia" warmes Nachtessen, bestehend aus Fleisch, Kartoffeln und Erbsensuppe. Bald nach dem Genuß der Speisen erkrankten vier Schauerleute heftig unter Anzeichen einer Vergiftung; heftige Diarrhöe und fortwährendes Erbrechen stellten sich ein. Die vier Kranken wurden zu Mittwoch Mittag nach Hamburg geschickt; die übrigen Schauerleute arbeiteten weiter. Mittwoch Mittag wurde den Schauerleuten wieder von demselben Fleisch vorgesetzt, und die Männer, welche die ganze Nacht hindurch und den Vormittag gearbeitet hatten, mußten wohl oder übel davon genießen. Die Folgen blieben nicht aus. Sofort erkrankten weitere dreißig Mann unter Vergiftungserscheinungen; sie wanden und krümmten sich in furchtbaren Schmerzen, so daß sie schließlich nach Hamburg spedirt werden mußten. Vierzehn Mann wurden nach Ankunft an der Stadt sofort mittels bereit gehaltener Transportmittel in das Hafenkrankenhaus überführt, wo sie nun schwer leidend darniederliegen. Etwa sechszehn Kranke hatten noch so viel Kraft, daß sie sich mit Hülfe gesunder Kameraden nach Hause schleppen konnten. Ob es der Kunst der Aerzte gelingen wird, alle Vergifteten am Leben zu erhalten, steht dahin; einstweilen muß das „H. E." konstatiren, daß die Unglücklichen furchtbare Schmerzen zu erdulden haben. Auf dem Fahrzeug, welches sie zur Stadt brachte, ertönte ununterbrochen das Wimmern und Stöhnen der Leute, die sich in Schmerzen wälzten und krümmten. Verdorbenes Fleisch, in Verbindung vielleicht mit anderen Giften, dürfte die Massenerkrankung herbeigeführt haben; das Fleisch war nämlich nicht frisch, sondern stammte aus dem Schiffsproviant.

Kiel. Wegen raffinirter Schwindeleien und schwerer Urkundenfälschungen verhandelte Dienstag und Mittwoch das hiesige Schwurgericht gegen den Schutzmann Thiele. Der Angeklagte hat es verstanden, in seiner Eigenschaft als Beamter eine große Anzahl Geschäftsleute auf das Abgefeimteste zu prellen. Er sah zu, daß er irgend einen Höker oder sonstigen kleinen Kaufmann beim verbotenen Ausschank von Bier oder Spirituosen ertappte. War dieses geschehen, dann stellte er dem betreffenden Geschäftsmann für gewöhnlich einen gefälschten Strafbefehl zu und kassirte diesen persönlich ein. Das Geld behielt er natürlich für sich. Unter Umständen

gab er sich auch mit der Hälfte der Summe zufrieden. Manchmal ließ er sich auch gleich beim Erwischen einen Vorschuß ausbezahlen. Auf diese Weise gelang es ihm, eine riesige Anzahl Geschäftsleute, man sagt über 200, zu beschwindeln. Schließlich gerieth er jedoch auch einmal an den Unrechten. Dieser verstand die Sache falsch und legte dem Hüter der öffentlichen Ordnung die erfolgreiche Thätigkeit. Man muthmaßt, daß der Angeklagte die Schwindeleien nicht allein ausgeführt hat. Bis jetzt hat Thiele sich gegen solche Annahme ganz energisch gesträubt. In der letzten Zeit hat er im Gefängniß den Versuch gemacht, den wilden Mann zu spielen. Unter Anklage standen etwa 60 Fälle. Das Gericht verurtheilte Thiele zu 2 Jahren Gefängniß.

Rostock. Auf die Petition für Bauarbeiterschutz sind in Mecklenburg in 40 Orten auf 93 Listen 2740 Stimmen gesammelt worden.

Letzte Nachrichten.

Kassel. Ein Großfeuer äscherte in Waldkoppel 8 Gebäude mit allen Vorräthen ein.

Frankfurt a. O. Speicherbrand. Mittwoch Morgen ist der zum hiesigen Bahnhof gehörende alte Eilgüterschuppen, der zuletzt von Getreidefirmen als Speicher benutzt wurde, niedergebrannt. Tausende von Zentnern Getreide und Futtermittel sind vernichtet.

Frankfurt a. M. Das Ende des Verbrechers. Aus dem Mittwoch früh 6 Uhr 9 Min. hier angekommenen Schnellzuge Berlin-Frankfurt (über Kassel) sprang bei Station Friedelhausen (Main-Weserbahn) ein an beiden Händen gefesselter Sträfling, kam unter die Räder und blieb todt auf dem Bahndamm liegen.

Gelsenkirchen. Eisenbahnunglück. Der „Gelsenkirch. Ztg." zufolge stieß Mittwoch Abend um 7 Uhr in Wanne ein Fuhrwerk mit einem Güterzug zusammen. Die Maschine des Güterzugs entgleiste. Der Kutscher des Fuhrwerks wurde schwer verletzt.

Saarbrücken. Bestrafter Wilddieb. Vom hiesigen Schwurgericht wurde Dienstag der Bergmann Roth, der am 28. Mai von dem Förster Roth beim Wildern betroffen wurde und diesen bei dem folgenden Handgemenge durch mehrere Dolchstiche tödtete, zu 14 Jahren 2 Monate Zuchthaus verurtheilt.

Kischinew (Rußland). Durch eine Mehlstaub-Explosion wurde in der Nacht zum Mittwoch eine hiesige große Mühle völlig zerstört. Die umstürzenden Wände begruben sämmtliche in der Mühle thätigen Arbeiter unter sich, von denen 10 sofort getödtet und weitere 10 mehr oder weniger schwer verstümmelt wurden.

Briefkasten.

G. Sp. 21 Jahr.

Kartoffeln liefert in bester Waare billigst Karl Voss

Holstenstr. 27. Filiale: Mühlenbrücke 4a. Fernspr. 212.

Statt besonderer Meldung.

Heute Morgen 9 Uhr starb nach kurzem Leiden unser lieber Vater und Schwiegervater

Jochen Heinrich Knorr

im 73. Lebensjahre.

Dies zeigen allen Verwandten und Bekannten an. Tiefbetrauert von

H. Knorr und Frau, geb. Stuhr.

Die Beerdigung findet am Sonnabend Vormittag 10¼ Uhr von der Leichenhalle des Allgemeinen Gottesackers aus statt

Danksagung.

Allen Denen, die meinem lieben unvergeßlichen Manne die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere Herrn Pastor Holm für seine trostreichen Worte sagen innigsten Dank

Frau Marie Sänger und Kinder geb. Küssen.

Wohnung zu verm. in Fackenburg. Näh. Maurer **Schacht** daselbst.

Zu vermiethen zum 1. Januar 1903 **die erste Etage,** 3 Zimmer mit Zubehör, im Hause **Friedenstraße 35.**

Gesucht zum 1. November ein Mädchen, welches Ostern oder Michaelis die Schule verlassen hat. Fleischhauerstraße 8, part.

Ein Petroleumofen zu kauf. ges. Wakenitzmauer 46. Auch per Postkarte.

Mehrere kleine Häuser in der Stadt. Heinr. Soroe, Gr. Burgstr 46. Fernsp. 812.

Achtung! Achtung!

Prima Hammelfleisch	Pfd.	45	Pfg.
- Keule	-	55	-
- Rindfleisch	-	50	-
- Kalbfleisch	-	50	-
- Bratenstücke	-	60	-

Fritz Möller

Wakenitzmauer 86, bei der Gr. Gröpelgrube.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10.

sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen	1,80—6,45
Maurerhosen	2,60—6,75
Schlosserhosen	1,88—5,25
Ueberziehhosen	0,88—2,35
Zwirn-Hosen	1,38—3,25

leinene Jacken, schräge und gerade, 1,23
Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Maler-Kittel erstaunlich billig
Mützen von 30 Pfg bis 1,88 Mk.

Die **Deutsche Gewerkschaftsbewegung.** Von C. Legien. Preis 20 Pfg.
Die Genossenschaftsbewegung. Von A. v. Elm. Preis 20 Pfg.
Von Gotha bis Wyden. Von J. Auer. Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Mitglieder-Versammlung

der

Zentral-Kranken- u. Sterbe-Unterstützungskasse d. deutsch. Schiffbauer

am Sonnabend den 18. Oktober Abends 8 Uhr bei Herrn Jürss, Engelsgrube 59.

Tages-Ordnung: Abrechnung. Verschiedenes.

Die örtliche Verwaltung.

Neu Konkurrenzlose Reparaturwerkstatt Neu

für Gummischuhe (neue Erfindung)

Lübecker St. Lorenz-Besohl-Anstalt Katharinenstrasse 45.

Nur prima Leder. (Herrensohlen und Absätze von 1,75 Mk. an. / Damensohlen und Absätze von 1,25 Mk an.) Nur Handarbeit.

Unter voller Garantie der Haltbarkeit.

Durch rechtzeitige enorme Abschlüsse für meine sämmtlichen Geschäfte in

Strick-Wollen

empfehle ich meine bekannten erstklassigen Fabrikate zu nachfolgenden

unerreicht dastehenden Preisen.

Englisch, 16 5fach schwarz,	Pfd.	1,55 Mk.
Englisch, 16 prima 4fach schwarz und meliert,	Pfd.	1.95 Mk.
Kleeblatt-Marke, 4fach schwarz und meliert,	Pfd.	2.40 Mk.
Eidergarn, 4fach weich u. elastisch, schwarz u. meliert,	Pfd.	2.90 Mk.
Spezialgarn 4fach feinstes Kammgarn mit Seidenglanz	Pfd.	3.70 Mk

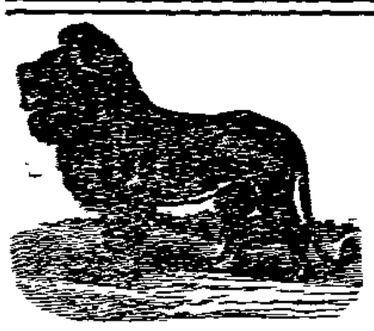
Garantirt echtfarbig.

Nicht filzend. * Nicht einlaufend.

Für Wiederverkäufer beachtenswerth.

Rudolph Karstadt

Lübeck.



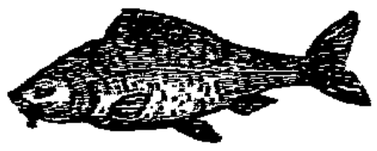
Zoologischer Garten, Lübeck.

Dem Publikum von Lübeck und Umgegend zur gefälligen Kenntniß, daß der Garten vom 17. d. M. an für die Wintermonate geschlossen bleibt; jedoch ist es den Abonnenten nach wie vor gestattet, durch den Nebenweg den Garten zu besuchen.

Gleichzeitig spreche hiermit Allen, die durch den Besuch des Gartens und durch überwiesene Geschenke mein Unternehmen unterstützt haben, meinen besten Dank aus.

Ergebenst **W. Grammerstorf.**

H. Arndt's Bierhalle, Lindenstraße Nr. 46.



Ausspielen von fetten Gänsen, Karpfen u. Rauchfleisch auf einem Ziehbillard

— am Sonntag den 19. Oktober 1902. —

Anfang Morgens 11 Uhr. Einsatz 50 Pfg. Hierzu ladet ergebenst ein **H. Arndt.**

Empfehlungs-Karten

Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Achtung!

Bauarbeiter!

Mitglieder-Versammlung

am Freitag den 17. Oktober Abends 8½ Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3 Quartal 1902.
2. Bericht der Lohnkommission.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verein der deutschen Böttcher.

(Filiale Lübeck).

Einladung zum

=BALL=

am Freitag den 17. Oktober im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Anfang 8 Uhr. Ende Morgens.

Herren 60 Pfg., Damen frei.

Hierzu ladet freundlichst ein

Das Comitee.

Panorama

(Filiale Berlin, Passage)

Breitestrasse 53, 1. Etg.

Diese Woche ausgestellt:

Neapel.

Ausbruch des Vesuvs. Ausgrabungen von Pompeji.

Jeden Tag von 10—1 und von 2—10 Uhr geöffnet. Entree 30 Pfg., Kinder 20 Pfg., 5 Reisen 1 Mk.

Apollo-Theater.

Heinr. Kalnberg's Variété-Bühne (Fünfhausen).

Wiedereröffnung: Sonnabend.

10 hervorragende Spezialitäten für das Familien-Publikum.

Nur 9 Vorstellungen.

Stadt-Theater.

Freitag den 17. Oktober, Abends 7½ Uhr.
20. Vorst. 18. Abon. Vorst. 3. Freitags-Abon.
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Volksstück mit Gesang in 4 Akten von Anzengruber.
Sonnabend: Bei ermäßigt. Pr. **Alt-Heidelberg.**
Sonntag: „Fra Diavolo."

Circus Variété Reuterkrug

Größtes und ältestes Variété.

10 neue Attraktionen.

Vom 16 bis 31. Oktober:

Das **III. Elite-Programm.**

Anfang 8 Uhr. Kassenöffn. 7 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich — Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co — Eisenbahn in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 243. Freitag, den 17. Oktober 1902. 9. Jahrgang.

Versammlung der Bürgerschaft.

Lübeck, den 13. Oktober.

Um 10 Uhr 30 Minuten eröffnete der Wortführer der Bürgerschaft, Dr. Brehmer, die Sitzung. Nachdem einige geschäftliche Mittheilungen des Senates entgegengenommen waren, wurde zur Berathung des ersten Punktes der T.-O. übergegangen:

Erbauung einer Schwimmbadeanstalt auf dem Grundstücke Parade Nr. 1.

B.-M. Coleman: Die Baukosten erscheinen mir viel zu hoch, und kann ich infolgedessen der Vorlage nicht zustimmen. Da die Schwimmhalle stets einen Zuschuß erfordern wird, ist größte Sparsamkeit am Platze. Die Schwimmhalle in Breslau z. B. hat nur 350 000 Mark gekostet, während man für die hiesige 500 000 Mark fordert, und Breslau ist doch eine weit größere Stadt als Lübeck. Auch die Rentabilitätsrechnung scheine ihm sehr optimistisch aufgestellt zu sein. Er glaube nicht, daß die Einnahmen in absehbarer Zeit die angenommene Höhe erreichen werden. Ferner werde ein großer Theil der Bevölkerung, insbesondere die Arbeiter in der Vorstadt St. Lorenz, nicht allzu stark das neue Schwimmbad besuchen, weil es zu weit von dieser Vorstadt entfernt liege, und sich den dortigen Bewohnern in dem Brausebad, das der Gemeinnützige Bauverein auf seinem Gebäudekomplex errichtet, eine weit bequemere Badegelegenheit bietet. Redner beantragt schließlich, die Senatsvorlage an eine Kommission zu verweisen, oder aber an den Senat das Ersuchen zu richten, ein neues Projekt, das weniger Kosten verursacht, ausarbeiten zu lassen.

Senator Eschenburg bestreitet ganz energisch, daß die Vorlage nicht genügend geprüft worden sei. Die Rentabilitätsberechnung sei sogar sehr vorsichtig aufgestellt worden.

Senator Dr. Fehling: Es ist ganz unmöglich, hier eine solche Anstalt für etwa 350 000 Mark herzustellen, wie in Breslau. Bei der hier geplanten Anstalt kommen ganz andere Grundsätze in Betracht.

B.-M. Dr. Ziehl: Wenn man einmal bauen will, so soll man auch gleich ordentlich bauen. Später sei es schwierig, eine kleinere Anstalt zu vergrößern. Im Uebrigen tritt Redner warm für die Annahme der Vorlage des Senates ein.

B.-M. Scharff, der ebenfalls sich für die Annahme ausspricht, bestätigt, daß die Vorlage nach allen Richtungen hin eingehend geprüft worden ist.

B.-M. Pape muß anerkennen, daß man bei der Vorlage vorsichtig zu Werke gegangen ist. Indessen sei man in weiten Kreisen der Bevölkerung der Ansicht, daß die neue Badeanstalt nur dazu dienen soll, um dem Schwimmsport zu huldigen, und dazu würde sie zu theuer. Auch sei der gewählte Platz, Parade 1, wenig geeignet für eine derartige Anstalt. Weit zweckmäßiger und empfehlenswerther sei es, die Anstalt bei der neuen städtischen Badeanstalt im Krähenteich anzulegen, zumal doch in absehbarer Zeit die Straßenbahn durch die Wahmstraße über den Hüxterdamm nach Marly geführt werde, wodurch dann die Anstalt leicht zu erreichen sei. Auch könne, falls die Anstalt dorthin verlegt werde, das zum Baden nothwendige Wasser leicht aus dem Kanal genommen und dadurch die Betriebskosten verringert werden. Wenn man das Wasser dagegen von der Wasserkunst entnehme, werde diese sicherlich bald vergrößert werden müssen, und die Wassermesser würden dann ebenfalls nicht mehr lange auf sich warten lassen. Zweifellos müsse die Vorlage noch viel eingehender geprüft werden. Immerhin könne man für diesen Plan weit eher Geld bewilligen, als für den Musikverein. Von der neuen Badeanstalt würde die Einwohnerschaft stets Nutzen haben, nicht aber vom Musikverein, dessen subventionirtes Orchester z. B. heute in Wandsbek spiele.

Senator Eschenburg bestreitet, daß die neue Anstalt nur zur Unterstützung des Schwimmsports gebaut werden soll.

Nach einigen unbedeutenden Aeußerungen Colemans, der nochmals seinen Standpunkt vertritt, und einer entsprechenden Gegenäußerung des Senators Dr. Fehling tritt B.-M. Scharff der Ansicht entgegen, als ob die Anstalt nur den Anhängern des Schwimmsports zu Liebe gebaut werde. Zwar habe der Schwimmverein den Bau angeregt, doch habe derselbe nie die Anstalt für sich beansprucht.

B.-M. Stender ersucht um Ablehnung der Vorlage, indem er die Rentabilitätsvorlage bezweifelt.

B.-M. Pape, der nochmals seinen Standpunkt gegenüber den Darlegugen verschiedener Redner vertritt, fragt an, weshalb man nicht den weit günstiger gelegenen Platz der Firma Paul u. Wensien für die Badeanstalt in Anschlag genommen habe.

Senator Eschenburg entgegnet ihm, daß dieser Platz zu unrentabel sei; besonders aber lasse der Grund auf demselben den Bau eines Schwimmbassins, wie es geplant werde, nicht zu.

B.-M. Otte ersucht, falls die Vorlage nochmals an eine Kommission verwiesen werde, die Münchener Badeanstalt zum Vergleich heranzuziehen.

B.-M. Schorer bittet, wegen der ungünstigen Finanzlage die Senatsvorlage strikte abzulehnen.

Senator Dr. Fehling ersucht dringend, die Vorlage nicht auf die lange Bank zu schieben. Die Gelegenheit werde sich kaum wieder bieten, daß Geld zum Bau zu so günstigen Bedingungen angeboten werde, wie gerade jetzt.

B.-M. Gusmann ist erstaunt, daß man der Vorlage eine solche Opposition macht, obwohl eine derartige Anstalt schon längst der Wunsch weiter Volkskreise sei.

B.-M. Lauenstein-Schönböcken erkundigte sich, wer event. die Unterbilanz der Anstalt zu tragen habe, der Staat oder die Stadt allein.

Senator Dr. Fehling antwortet ihm: Da es sich um eine kommunale Einrichtung handele, so habe selbstverständlich auch die Stadt eine etwaige Unterbilanz zu tragen.

B.-M. Windel schlägt vor, die medizinischen und Dampfbäder aus der Vorlage zu entfernen, da es an Gelegenheit zu diesen in der Stadt nicht mangele.

Nach einigen nichtssagenden Aeußerungen von Scharff und Dr. Ziehl wird darauf unter Ablehnung des Antrages Coleman auf Kommissionsberathung die Senatsvorlage mit großer Majorität angenommen.

Der zweite Senatsantrag;

Erlaß eines dritten Nachtrages zum Gesetze vom 3. Februar 1879, betreffend die Prüfungen behufs Erlangung der Fähigkeit zum Richteramte, die Vorbereitung zum Justizdienste, sowie die Verwendung der Gerichtsassessoren

wird ohne Debatte angenommen. Doch fragte B.-M. Pape an, ob die jüngst durch eine Gerichtsverhandlung aufgedeckten großen Unterschleife zum Gegenstand einer eingehenden Untersuchung gemacht worden seien. Senator Dr. Fehling antwortete ihm, daß, wenn Redner den Fall des Försters K. meine, dieser durch das freisprechende Urtheil für den Senat erledigt sei.

Der dritte Antrag betraf den Ankauf des Hauses Fleischhauerstraße Nr. 18.

B.-M. Dr. Ziehl: Nachdem der Senat den Kauf bereits abgeschlossen, bleibe der Bürgerschaft leider nichts anderes übrig, als auch ihre Zustimmung zu geben. Höchst bedauerlich sei es, daß der Senat sich nicht einmal die Zustimmung des Bürgerausschusses zum Kaufe eingeholt habe. Es sei wünschenswerth, daß in zukünftigen Fällen nicht wieder in dieser Weise verfahren werde.

B.-M. Dobberstein erklärt, gegen den Antrag stimmen zu wollen, weil der Senat verfassungswidrig gehandelt habe.

B.-M. Pape ist ebenfalls gegen die Vorlage. Er findet es unbegreiflich, weshalb der Senat es gerade hier so eilig mit dem Kauf gehabt habe. Vielleicht könne man für das Offizierskasino ein Haus in der Holstenstraße herrichten und dadurch wenigstens erzielen, daß die Verbreiterung dieser Straße energisch gefördert werde.

Senator Dr. Klug ist erstaunt, dertigen Vorwürfen zu begegnen. Hätte der Senat sich nur im Entferntesten träumen lassen, daß der Antrag eine derartige Beleuchtung erfahren würde, so hätte er sich schön gehütet, den Kauf des Hauses zu vermitteln. Früher, wenn der Senat bei Ankäufen zaghaft gewesen, hätten Bürgerschaft und Bürgerausschuß deutlich zu erkennen gegeben, der Senat möge muthig zugreifen, man werde ihn nicht im Stiche lassen. Falls sich die Bürgerschaft die Ansichten der beiden Vorredner zu eigen machen sollte, so werde sich der Senat in Zukunft streng an die Verfassung halten, ohne Rücksicht aber auch auf die event. Folgen.

B.-M. Ziehl erklärt, daß er nicht so weit gehe, wie die Herren Dobberstein und Pape. Immerhin müsse er bitten, den Bürgerausschuß nicht zu umgehen und die Rechte der Bürgerschaft gar zu sehr einzuschränken. Schloß früher der Senat Verkäufe ab, ohne daß bereits eine Genehmigung seitens der Bürgerschaft vorlag, so hieß es stets: vorbehältlich der Genehmigung der Bürgerschaft. Ein solcher Fall, wie der heutige, sei dagegen noch nicht vorgekommen.

Senator Dr. Klug erklärt, daß eine derartige Klausel in den Kaufvertrag nicht aufgenommen werden konnte, weil die Verkäufer des Hauses nur einem Kauf ohne jeden Rückhalt zustimmen wollten.

B.-M. Dr. Sommer und Dr. Benda vertheidigen den Senat. Derselbe befand sich in einer Zwangslage und konnte daher nicht anders handeln, als geschehen.

B.-M. Brecht ist derselben Ansicht.

B.-M. Dr. Wichmann erkundigt sich, ob das Haus auch so groß ist, daß das Offizierskorps immer genügend große Räume haben wird.

Senator Dr. Plessing antwortet ihm, daß das Haus vorläufig genüge. Sollte später eine Vergrößerung beantragt werden, so werde dem nicht ohne entsprechende Gegenleistung seitens der Militärverwaltung ensprochen werden.

Der Senatsantrag wird hierauf mit großer Majorität angenommen.

Der 4. Senatsantrag:

Stempel-Aversionalabgabe für die Spar- und Darlehnskasse der Landbewohner, e. G. m. b. H., hierselbst

wird debattelos angenommen.

Der 5. Senatsantrag betrifft:

Errichtung einer neuen Doppel-Volksschule in der Vorstadt St. Gertrud und Abänderung des Bebauungsplanes, sowie Herstellung der für den Schulhausbau erforderlichen Straßen- und Sielanlagen.

B.-M. Schulmerich hat gegen den Bau der Schule an sich nichts einzuwenden, wohl aber gegen die Theilung des Schulbezirkes. Redner tritt dann ferner für die Schaffung eines großen Raumes in der neuen Schule ein, um einen gemeinsamen Unterricht zweier Klassen zu ermöglichen. Der Einrichtung der Klassen müsse die größte Beachtung geschenkt werden. Von der Aufstellung Rettich'scher Schulbänke bitte er Abstand zu nehmen; sie bewähren sich nicht. Ein Schularzt habe sie geradezu als langsam wirkendes Gift bezeichnet.

Senator Dr. Eschenburg meint, daß die Ansichten der Lehrerschaft über die Rettich'sche Bank sehr weit auseinander gehen, wie auch bei anderen Bankjystemen. Man werde die Angelegenheit indessen genau erwägen. Des weiteren theilt er noch mit, daß beabsichtigt sei, in der Vorstadt St. Gertrud sowohl eine neue Frei- als auch Zahlschule zu schaffen.

B.-M. Dobberstein ersucht weniger das Hauptgewicht auf die äußere Ausgestaltung unserer Schulhäuser zu legen, die wahre Paläste seien, als vielmehr auf die innere Einrichtung.

Senator Dr. Klug: Die Baudeputation ist stets bemüht, einfach und solide zu bauen; wo gespart werden kann, wird gespart. Die höhere Mädchenschule am Geibelplatz werde zwar einen kleinen Thurm erhalten, doch nur zu dem Zweck, daß sie sich hübscher dem Auge präsentire.

B.-M. Bödeker spricht sich ebenfalls, wie sein Kollege Schulmerich, gegen die Rettichbank aus.

B.-M. Dr. Ziehl theilt demgegenüber mit, daß man in Preußen noch heute die Rettichbank für die beste halte.

Nach einigen Bemerkungen von Senator Dr. Eschenburg und Pastor Evers wird der Senatsantrag angenommen.

Der sechste Antrag des Senates betraf die „Abänderung des Bebauungsplanes in der Vorstadt St. Lorenz in Anlaß der Bahnhofsverlegung."

B.-M. Blunck findet einen Widerspruch darin, daß 1894 die Bürgerschaft beschlossen habe, den Brink an der alten Kaserne unbebaut zu lassen, während jetzt auf einmal

---

In den Minen.

Roman von K. Orth.

4. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

O'Connor besann sich nicht lange, sondern erklärte freimüthig, daß er glaube, die Neigung Maud's gewonnen zu haben.

„Sehr wohl! Bis dahin sagen Sie mir nichts Neues. Nun aber weiter. Ich bin neugierig zu vernehmen, wie Sie sich die fernere Entwickelung der Dinge vorgestellt haben."

Er hätte keinen trockneren und gleichmüthigeren Ton anschlagen können, wenn es sich um die Besprechung irgend eines alltäglichen Geschäfts gehandelt hätte. Seine hageren Finger spielten mit der Uhrkette, und sein Gesicht war undurchdringlich wie das einer Statue.

„Es kann, wie ich meine, da nur eine einzige Art der Entwickelung geben, Mr. Ferguson," erwiderte der Musiker, all seinen Muth zusammennehmend. „Ich würde es vorgezogen haben, meine Werbung auf eine passendere Stunde zu verschieben. Da nun diese Unterredung aber auf Ihreu ausdrücklichen Wunsch stattfindet, so werden Sie es mir nicht verübeln, wenn ich Sie mitten in der Nacht und in einer etwas formlosen Weise hiermit um die Hand Ihrer Tochter bitte."

„Die Tageszeit ist ganz gleichgültig, und eine rasche Erledigung ist in allen Dingen die beste. Sie wünschen also, meine Tochter zu heirathen, und Sie haben darauf gerechnet, daß sie eine große Mitgift erhalten werde — nicht wahr?"

Morgan O'Connor wechselte die Farbe, wie jemand dem man eine schwere Beleidigung ins Gesicht geschleudert hat. „Ich mußte auf eine solche Frage gefaßt sein, aber ich versichere Ihnen bei meiner Mannesehre, daß meine Bewerbung um Maud mit derartigen Berechnungen und Spekulationen nichts zu schaffen hat."

„Um so besser, denn wir werden uns alsdanu ohne Mühe verständigen. Kurz und klar also: meine Tochter wird meine einzige Erbin sein. Abgesehen von einigen Schenkungen, die ich gemeinnützigen Instituten zugedacht habe, fällt ihr nach meinem Tode alles zu, was ich besitze. Aber wohlverstanden: nach meinem Tode — nicht früher! Maud empfängt bei ihrer Verheirathung eine angemessene Aussteuer — sonst nichts! — Ich hoffe, daß sie mich vollkommen begriffen haben, Mr. O'Connor!"

„Vollkommen! Und wenn Sie mir eine Million als Morgengabe versprochen hätten, würden Sie mir damit eine viel geringere Freude bereitet haben als durch diese Erklärung. Denn Sie haben mir nun auch den letzten Rest der drückenden Empfindung vom Herzen genommen, daß irgend jemand die Beweggründe meines Handelns verkennen oder verdammen könnte."

Lincoln Ferguson nickte. „Da diese Frage also, wie ich sehe, für Sie ganz ohne Bedeutung ist, befinden Sie sich ohne Zweifel in der Lage, Ihre Frau und — wenn es sein muß — später auch eine größere Familie aus eigenen Mitteln anständig zu ernähren."

„Ich hoffe es, Mr. Ferguson, wenn ich auch bis jetzt kein nennenswerthes Vermögen besitze. Aber es ist mir gelungen, mich als Musiklehrer gut einzuführen. Ich verdiene schon jetzt mehr als zweihundert Dollars monatlich, und wenn ich von nun an alle Kräfte anspanne, was unter den obwaltenden Umständen ja selbstverständlich ist, so hoffe ich, es nach einem Jahre bereits auf das Doppelte gebracht zu haben."

„Das wären vierhundert Dollars monatlich. Und andere Hülfsquellen oder Aussichten haben Sie nicht?"

„Nein. Denn daß ich nebenher an einer großen Oper arbeite, die mir nach ihrer Vollendung möglicherweise ein Vermögen eintragen kann, wird Ihnen vielleicht nicht als besonders sichere und glänzende Aussicht erscheinen."

Lincoln Ferguson hielt es nicht für nothwendig, darauf zu antworten, aber er schloß ein Fach seines Schreibtisches auf und brachte aus dessen Tiefe ein schmales, ziemlich abgegriffenes Kontobuch zum Vorschein. Er winkte O'Connor, näher zu treten, und deutete mit dem Finger auf das Facit einer längeren Ziffernreihe, die eine offenbar auf's Gerathewohl aufgeschlagene Seite bedeckte.

„Können Sie diese Zahl lesen, junger Mann?"

„Ich denke wohl. Sie heißt: siebenundzwanzigtausendachthundert und dreizehn Dollars sechzig Cents."

„Richtig. Und wissen Sie, was sie bedeutet? — Sie bedeutet die Summe der sogenannten kleinen Ausgaben meiner Tochter während eines Jahres, ohne daß dabei die Kosten ihrer Toiletten eingerechnet wären und die Geschenke an Schmuck und Kunstgegenständen, die ich ihr gemacht habe."

Morgan O'Connor blickte starr auf die inhaltsschwere Zahl. „Sie wollen Ihren Scherz mit mir treiben," sagte er beklommen. „Das — das ist ja unmöglich."

„Meine Bücher pflegen richtig geführt zu sein, wie ich denke. Und ich kann nicht finden, daß Maud eine Verschwenderin ist. Da, sehen Sie her" — und er blätterte eine Anzahl von Seiten zurück. „Ihre Mutter brauchte für die Befriedigung ihrer kleinen persönlichen Bedürfnisse durchschnittlich weit mehr als das Doppelte dieser Summe."

„Unter diesen Umständen können Sie Ihre Tochter nur einem Millionär zur Gattin geben, Mr. Ferguson!"

„Ich denke, daß es so ist," lautete die gleichmüthige Entgegenung. „Ich bedauere es selbst, aber es läßt sich nun einmal nicht ändern."

„Und haben Sie bei Mauds Erziehung niemals an die Möglichkeit gedacht, daß sie ihr Herz eines Tages an einen Mann verlieren könne, der ihrer würdig und fähig wäre,

zwei Straßenzüge durchgelegt werden sollen. Einverstanden erklärt sich Redner mit der Anlegung einer neuen Straße beim St. Lorenz-Kirchhof; zugleich empfiehlt er aber auch, eine Verständigung mit der Lübeck-Büchener Bahn dahin herbeizuführen, daß der nordöstlich vom Kirchhof belegene Theil mit Muttererde aufgeschüttet wird, um einen Park, der nothwendig sei, darauf anlegen zu können. Die Absicht, neben dem Bahngeleise eine Parallelstraße anzulegen, ist nicht nach Redners Geschmack. Dieselbe werde unschön wirken, weil man vom Bahnhof aus dann nur die Rückfronten der Häuser zu sehen bekomme. Er beantragt, die Vorlage an eine Kommission zu weisen.

Senator Dr. Klug ersucht um unveränderte Annahme der Vorlage, die eine ganz außerordentliche Verbesserung gegenüber dem bisherigen Bebauungsplan biete. Eine ganze Anzahl von Grundeigenthümern warte schon auf die Annahme des neuen Planes.

B.-M. Dr. Wichmann: Die Bedenken des Herrn Blunck sind doch nicht so leicht von der Hand zu weisen. Es empfehle sich daher Kommissionsberathung. Ueberaus nothwendig ist es, daß endlich der Militärschießplatz aus der Vorstadt St. Lorenz verschwindet.

Senator Dr. Klug: Der Schießplatz gehört dem Reiche, weshalb Lübeck auf seine Verlegung nur wenig Einfluß hat.

B.-M. Dr. Vermehren wünscht, daß die Auslegung der Pläne nicht nur im Amtsblatte bekannt gegeben wird. Viele der Anlieger erhalten sonst keine Kenntniß davon. Empfehlenswerth sei es vielleicht, die Interessenten besonders zu benachrichtigen und dieselben zu einer Erklärung aufzufordern.

B.-M. Schwartzkopf spricht sich für Kommissionsberathung aus.

B.-M. Dobberstein erklärt eine Kommissionsberathung für völlig überflüssig; die Sache sei völlig spruchreif und eine Verzögerung nicht am Platze.

Senator Dr. Klug erwidert Vermehren, wenn man immer erst alle Grundbesitzer persönlich befragen wollte, so kämen wohl überhaupt keine Bebauungspläne zu Stande. Zuzugeben sei, daß, wie Dobberstein angeregt, auch für die Südseite von St. Lorenz ein neuer Bebauungsplan ein dringendes Bedürfniß sei.

B.-M. Dr. Wichmann erklärt eine Kommissionsberathung für durchaus nothwendig. Hinsichtlich des Schießplatzes an der Fackenburger Allee bemerkt Redner, daß es vorgekommen sei, daß Kugeln sich bis in die Schwartauer Allee verirrten. Die Verlegung sei durchaus nothwendig.

Senator Dr. Klug: Falls durch die Benutzung des Schießplatzes Gefahren für die Anwohner heraufbeschworen werden, würde das Polizeiamt berechtigten Grund zum Einschreiten haben.

B.-M. Pape spricht sich gegen jede Kommissionsberathung aus. Die Vorstadtbewohner haben ein Interesse daran, daß die Vorlage möglichst schnell verabschiedet wird.

Nach kurzen Bemerkungen von Pastor Evers, der die Schaffung eines Parkes in St. Lorenz für Zukunftsmusik erklärt, von Blunck, der seinen Antrag vertheidigt, sowie Lauenstein-Schönböcken und Brecht wird der Blunck'sche Antrag auf Kommissionsberathung angenommen. In die Kommission werden gezählt: Blunck, F. W. Schwartzkopf, Dr. Wichmann, Mühsam, Dr. Vermehren; Ersatzmänner Stender und Th. Sartori.

Der Antrag 7:

Erbauung von Hauptsielen zur Entwässerung von Grundstücken der Vorstädte und Vororte, sowie Erhebung von Sielabgaben

wird debattelos genehmigt; ebenso Antrag 8:

Ankauf einiger dem Heiligen Geist-Hospital und dem St. Johannis-Jungfrauen-Kloster gehöriger Parzellen in Vorwerk zur Ablagerung überschüssiger Erdmassen beim Bahnumbau.

Antrag 9 betrifft:

Bewilligung einer Staatsbeihülfe von 11000 Mark an die Wegegemeinde Dissau für den chausseemäßigen Ausbau des Weges Tankenrade-Bergerbrücke.

Nachdem Höppner-Krumbeck und Lauenstein-Schönböcken, der noch die Ausbesserung des Pohnsdorfer Steindammes empfiehlt, ihre Freude über den Antrag ausgesprochen haben, wird derselbe unverändert angenommen; ebenso Antrag 10:

Abänderung des Gesetzes vom 19. Februar 1896, betreffend die Erhebung einer Abgabe von Lustbarkeiten.

Nunmehr geht die Bürgerschaft zur Berathung des Kommissionsberichtes, betreffend Neuregulirung von Straßenzügen in der Stadt und Erhebung einer Straßenbauabgabe von den Anliegern, über.

B.-M. Baethke empfiehlt Vertagung.

Senator Dr. Klug ersucht dringend, die Vorlage heute noch zu erledigen.

B.-M. J. H. Evers spricht sich namens der Minderheit der Kommission über den Punkt aus, über den allein Senat, Majorität und Minorität der Kommission nicht einer Meinung geworden sind: die Entschädigungspflicht. Auf Ersuchen des Wortführers wartet er jedoch schließlich mit seinen Ausführungen bis zur Spezialberathung.

Ohne Debatte werden darauf die §§ 1, 3, 4, 5 und 6 in der Kommissionsfassung angenommen; die Berathung über § 2 wird vorläufig ausgesetzt.

Es erhält nunmehr J. H. Evers das Wort wieder zu dem Punkt: Entschädigungspflicht. Redner ersucht um Annahme des Antrages der Minorität der Kommission, der dahingeht, den § 2 ganz abzulehnen.

Es sprachen noch Gusmann, Senator Dr. Klug, Otte und Th. Sartori; da sich jedoch der Saal bedenklich geleert hat, bezweifelt B.-M. Wichmann die Beschlußfähigkeit. Da der Wortführer die Beschlußunfähigkeit zugeben muß, wird denn auch die Berathung abgebrochen.

Schluß der Versammlung 2¼ Uhr.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Wegen Lohnabzügen haben bei der Firma Grohmann u. Frosch in Leipzig-Plagwitz sämmtliche Metallarbeiter und Schmiede die Arbeit eingestellt. — Der Streik in den Köln-Lindenthaler Metallwerken ist beigelegt. Wie die „Köln. Volksztg." berichtet, haben sämmtliche Arbeiter die Arbeit bereits wieder aufgenommen. Ihre Forderungen und Wünsche sind nur zum Theil erfüllt worden. — Ein großer Weberstreik ist in Rogune (Frankreich) ausgebrochen. Die Webereibesitzer verlangten, daß die Arbeiter auch am Sonnabend Nachmittag für sie arbeiten. Die Arbeiter weigerten sich jedoch, worauf die Arbeitgeber beschlossen, zwei Prozent der Arbeiter zu entlassen. Die übrigen 12 000 Mann erklärten sich mit den Entlassenen solidarisch und verlangten die Wiedereinstellung; anderenfalls wollen sie in den Ausstand treten.

Bei der Stadtverordneten-Ersatzwahl in Spandau wurde Montag unser Genosse Grieben mit 492 gegen 305 Stimmen gewählt, welche auf den Gegenkandidaten fielen.

Ein Achtstundenjubiläum. Im Oktober ds. Js. werden es zehn Jahre, daß die Bildhauer in Budapest den Achtstundentag errangen. Die Gewerkschaft will dieses Ereigniß festlich begehen.

Genossin Rosa Luxemburg hat, nachdem sie bereits im Juni aus der Redaktion der „Leipz. Volksztg." ausgeschieden war, nunmehr, wie unser Leipziger Parteiorgan auf ihren Wunsch mittheilt, ihre Thätigkeit am Blatte ganz eingestellt.

Der Streik im Hafen von Genua dauert fort. Die Unternehmer haben Werber in ganz Italien ausgeschickt, um Streikbrecher zu suchen, was ihnen nur wenig gelungen, denn die Arbeitskammer arbeitet dem entgegen. Die wenigen minderwerthigen Elemente, die gefunden wurden, haben schon manches Unglück angerichtet. So ließen sie eine Schute mit 13 Luxuspferden kentern, die nach Aegypten eingeschifft werden sollten, drei der Pferde konnten gerettet werden. In Sampierdarena beschlossen die Arbeiter, einen halben Tagelohn den Streikenden zuzuwenden. Unter den Eisenbahnern, welche kommandirt wurden, die mitstreikenden Kollegen zu ersetzen, herrscht Gärung.

Aufgehobene Beschlagnahme. Wie wir s. Z. unseren Lesern mittheilten, war unser Parteiorgan, der „Volkswille" in Hannover, polizeilich beschlagnahmt worden wegen eines Artikels: „Ein Denkmal deutscher Schande". (Der Artikel kritisirte die Auslieferung des russischen Studenten Kalajew durch die deutsche Polizei.) Nicht nur im Geschäftslokale, sondern auch in den Wirthschaften, in denen der „Volkswille" ausliegt, wurden die noch vorhandenen Exemplare, mehrere Hundert, konfiszirt. Dienstag früh wurde jedoch der Expedition des „Volkswille" die beschlagnahmte Nummer wieder zugestellt. Man scheint also doch keinen Grund zur Erhebung einer Anklage gefunden zu haben und war die Arbeit somit vergeblich.

Der Arbeiter-Sängerbund Rheinlands hat am Sonntag auf seiner Generalversammlung in Köln einen bemerkenswerthen Beschluß gefaßt. Arbeitersängern wird der Name des Komponisten G. A. Uthmann nicht unbekannt sein. Uthmann, der in Barmen wohnt, ist ein Arbeiter; vom Färbergesellen hat er sich aus eigener Kraft heraufgearbeitet. Diesem will nun der Arbeiter-Sängerbund die Mittel zur konservatorischen Ausbildung, deren er bisher noch ermangelt, anbieten. Dieser Beschluß ehrt die Spender ebenso wie den Komponisten. Auch sonstige Beschlüsse dieses, 70 Vereine umfassenden Bundes sind erwähnenswerth. So wurde einstimmig beschlossen, daß der Bundesvorstand sowie sämmtliche Bundesvereine gehalten sind, ihre Drucksachen nur bei solchen Firmen herstellen zu lassen, die den deutschen Buchdruckertarif anerkannt haben und auch bezahlen. Sodann wurd beschlossen, dem ober- wie dem niederrheinischen Agitationskomitee je 500 Mk. zu überweisen.

Aus Nah und Fern.

Zwei Prozesse, die durch die Gegenüberstellung recht bemerkenswerth erscheinen, kamen unlängst vor der Strafkammer in Halle a. S. zur Verhandlung. In dem einen Falle erschien der Redakteur des „Volksblattes", Genosse Weißmann, als Angeklagter, der beschuldigt wurde, durch einen am 18. Juni d. Js. veröffentlichten Artikel Staatseinrichtungen verächtlich gemacht und dadurch gegen § 131 des St.-G.-B. verstoßen zu haben. In dem mit der Spitzmarke „Soldatenmißhandlungen und ihre Ursachen" versehenen Artikel war davon die Rede, daß der Gerichtsherr der nassauischen Truppentheile in einem Prozeß vor dem Kriegsgericht in Frankfurt strenge Bestrafung der Soldatenmißhandler befürwortet hatte. In der Kritik über die Mißhandlungen hieß es dann in dem Artikel: Die sogenannte militärische Ausbildung besteht ja in der Hauptsache nicht in einer Vorbereitung zum Krieg, sondern in Uebungen zu Paradeschaustellungen zum Ergötzen einiger großen Herren. Zu diesem Zweck muß der Unteroffizier seine Untergebenen drillen, ob er will oder nicht. In den letzten Sätzen wurde eine Verächtlichmachung des Heeres erblickt. Genosse Weißmann und sein Vertheidiger, Rechtsanwalt Landsberg-Magdeburg, wiesen darauf hin, daß Militärschriftsteller, insbesondere ein Offizier in der bekannten Broschüre „Die Sozialdemokratie im Heere" genau dieselben Ansichten geäußert hätten. Jener Kritiker sei ein Gegner der Sozialdemokratie und habe dargelegt, daß die Soldaten 9 Monate im Jahre den Paradezwecken dienen müßten. Staatsanwalt Schlütter war anderer Ansicht und meinte, der Artikel involvire eine Herabwürdigung des Heeres. Zweifellos habe sich der Führer der Sozialdemokratie, der Abgeordnete Bebel, ein Verdienst erworben, daß er wiederholt auf die Mißhandlungen im Heere hingewiesen habe. Denn es sei daraufhin den Unteroffizieren und anderen Vorgesetzten mehr auf die Finger gesehen worden. Der Angeklagte habe aber das Heer gröblich verhöhnt und sei es deshalb gegen ihn eine Gefängnißstrafe von vier Monaten zu beantragen. Rechtsanwalt Landsberg beantragte Freisprechung und wies in wirksamer Weise auf die Ausbildungen im Heere zu Paradeschaustellungen hin. Solche Ausbildung habe für den Krieg im Ernstfall gar keinen Zweck. In einer Zeit, wo alle Fürsten ihre Friedensliebe betonen, sei es doch nichts Unverantwortliches, Ueberflüssiges, am Heere zu kritisieren. Das Urtheil lautete auf einen Monat Gefängniß. In derselben Sitzung standen der cand. jur. Paul Singelstein, Sohn eines Großkaufmannes, und der stud. jur. Paul Bludau, Sohn eines ostelbischen Großgrundbesitzers, weden Hausfriedensbruchs, Widerstandes, Mißhandlung eines Polizisten, Beleidigung nnd Unfugs unter Anklage. Sie waren in der Nacht zum 19. Juni auf die Polizeiwache gekommen und hatten sich dort sehr frech benommen. Singelstein haite dem Polizisten Peter zugerufen: „Wie kommen Sie gewöhnlicher Unterbeamter dazu, mich festzunehmen, Sie stehen ja noch unter dem Dreck der Erde." Auf der Wache hatte der cand. jur. den Beamten dreimal gegen das Schienbein getreten und bei dem Verlassen der Wache hatten die beiden Jünger der Rechtswissenschaft ihre Rockschöße hochgehoben und mehreren Beamten das Gesäß gezeigt. Staatsanwalt Schlütter bedauerte den Fall besonders deshalb, weil solche Vorgänge von gewissen Leuten ausgebeutet und gewöhnlich unter der Spitzmarke: „Unsere goldene und gebildete Jugend" in einer gewissen Presse veröffentlicht würden. Wenn dann in solchen Fällen Geldstrafen verhängt würden, können oder wollten gewisse Leute nicht begreifen, daß die Strafe auf die verschiedenen Stände einen ganz verschiedenartigen Einfluß ausübe. Der Herr Staatsanwalt beantragte dann Geldstrafen, und erkannt wurde gegen Singelstein auf 250 Mark und gegen Bludau auf 50 Mark Geldstrafe.

---

sie glücklich zu machen, ohne auch über Millionen zu gebieten?"

„Sie sind im Irrthum, Mr. O'Connor, wenn Sie die Verantwortung für Mauds vornehme Neigungen auf meine Erziehungsmethode wälzen. Sie würde dieselbe geworden sein, auch wenn ich sie in einem Kloster hätte aufwachsen lassen. Es ist eben das Blut ihrer Mutter, das sich nicht verleugnet."

„Aber Ihre Tochter weiß, daß ich arm bin, und sie hat es erst an diesem Abend gegen mich ausgesprochen, daß sie den Reichthum gering achtet. Sie wird in dem Glück der Liebe tausendfachen Ersatz finden für den Verzicht auf jene oberflächlichen Freuden und Genüsse, die ich ihr nicht zu gewähren vermag."

„Für ein paar Wochen oder Monate — solange die Sache für sie den Reiz der Neuheit hat — vielleicht! Aber vielleicht auch nicht einmal so lange! Denn niemand kann gegen seine Natur, mein werther Mr. O'Connor! Und wenn meine Tochter anderer Meinung ist, so geschieht es, weil sie sich selbst nur sehr wenig und das Leben noch gar nicht kennt. Man schätzt leicht gering, was man im Ueberfluß besitzt, und auch ihre Mutter hat zuweilen mit Verachtung von meinem Reichthum gesprochen. Ich aber sage Ihnen, daß ich mich in derselben Stunde todtgeschossen hätte, wo ich nicht mehr im Stande gewesen wäre, ihr alle jene „oberflächlichen Freuden und Genüsse" zu gewähren; denn meine Frau hätte sich als das unglücklichste aller Geschöpfe gefühlt, wenn sie auch nur eine von ihnen hätte entbehren müssen. Und Maud hat das Blut ihrer Mutter."

„Sie denken sehr kleinlich von Ihrer Tochter, Mr. Ferguson, und es müßte ein trauriges Ding sein um meine Liebe, wenn ich nicht eine bessere Meinung von ihr hätte. Ich sehe ja, daß es Ihre Absicht ist, mich abzuweisen —"

Der andere unterbrach ihn mit einem Kopfschütteln. „Nicht doch! Ich hätte nicht so viele Worte zu machen brauchen, wenn das meine Absicht wäre. Maud ist die freie Herrin ihrer Hand, und ich denke nicht daran, einen Zwang auf ihre Entschließungen auszuüben."

Ein freudiger Hoffnungsschimmer verklärte die eben noch sehr niedergeschlagene Miene des jungen Künstlers. „Wenn das Ihr Ernst ist, so ist mir um mein Glück nicht mehr bange. Mag sie denn wählen zwischen den verschwenderischen Annehmlichkeiten ihres bisherigen Lebens und dem bescheidenen Loose, das sie an meiner Seite erwartet. Ich sehe ihrer Entscheidung mit Ruhe entgegen, denn ich weiß, wie sie ausfallen wird."

„Zu Ihren Gunsten — ohne Zweifel! Und Sie werden die Genugthuung haben, daß durch Ihre frische Stimme und Ihr hübsches Gesicht ein ahnungsloses Geschöpf ins Unglück gelockt worden ist. Denn sie wird unglücklich werden, gleichviel, ob sie an Ihrer Seite die Armuth kennen lernen oder ob sie Sie verachten müßte, weil es das Geld ihres Vaters ist, mit dessen Hülfe sie davor geschützt wird. Darum sollten Sie mit sich zu Rathe gehen, junger Mann, ehe Sie sich beeilen, die günstigen Umstände für sich auszunützen. Im Uebrigen halte ich Sie für einen Ehrenmann, der meines Rathes nicht bedarf, um zu wissen, was er zu thun hat."

„Ich danke Ihnen für die gute Meinung!" sagte O'Connor bitter. Dann gab es ein langes Schweigen, während dessen Ferguson unbeweglichen Antlitzes fortfuhr, mit seiner Uhrkette zu spielen. Der junge Musiker aber starrte unverwandt auf das stockfleckige Portrait Washingtons über dem alten, abgenutzten Schreibtisch, und es war der härteste Kampf seines jungen Lebens, den er in diesen entscheidungsschweren Augenblicken auszukämpfen hatte.

Nie war ihm seine Existenz so armselig, nie waren ihm seine Talente so gering und werthlos vorgekommen, als indem er sie mit dem zu vergleichen suchte, was ihm hier vor Augen trat. Auch wenn ihm die größten Erfolge beschieden waren, Erfolge, von denen er bisher noch kaum zu träumen gewagt hatte — zu dem Reichthum und zu der gesellschaftlichen Stellung Fergusons würde er es doch niemals bringen können, und Maud mußte aus ihrer stolzen Höhe tief, tief hinabsteigen, indem sie sich ihm zu eigen gab.

Handelte er nicht in Wahrheit selbstisch und unwürdig, wenn er ein solches Opfer von ihr annahm, ohne dafür eine andere Gegenleistung bieten zu können, als seine Liebe?

„Und wenn ich Sie nun ausdrücklich bäte, mir zu sagen, was Sie jetzt von mir erwarten? Wie würde dann Ihre Antwort lauten?"

„Ich erwarte von Ihrer Rechtschaffenheit, daß Sie meiner Tochter Zeit lassen, sich ernstlich zu prüfen."

„Und wie sollte ich es Ihrer Meinung nach anfangen, ihr diesen Vorschlag zu machen, ohne sie tödtlich zu kränken?"

„O, ich denke, nichts wäre einfacher als das. Schreiben Sie ihr morgen etwa dasselbe, was ich Ihnen vorhin gesagt habe — natürlich, ohne meiner dabei Erwähnung zu thun. Und fügen Sie hinzu, daß Ihr Ehrgefühl Ihnen verbietet, aus ihrer Unerfahrenheit Nutzen zu ziehen. Geben Sie ihr ihre volle Freiheit zurück, meinetwegen mit der Erklärung, daß Sie nach einem Jahr wiederkommen würden, um noch einmal ihre Hand zu erbitten. Vielleicht hat Ihnen Ihre Oper bis dahin wirklich ein Vermögen eingetragen; vielleicht auch ist Mauds Liebe stark genug, die Probe zu bestehen."

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyerß & Co. — Sämmtliche in Lübeck